FRITZ SCHWARZ
Großrat, Bern



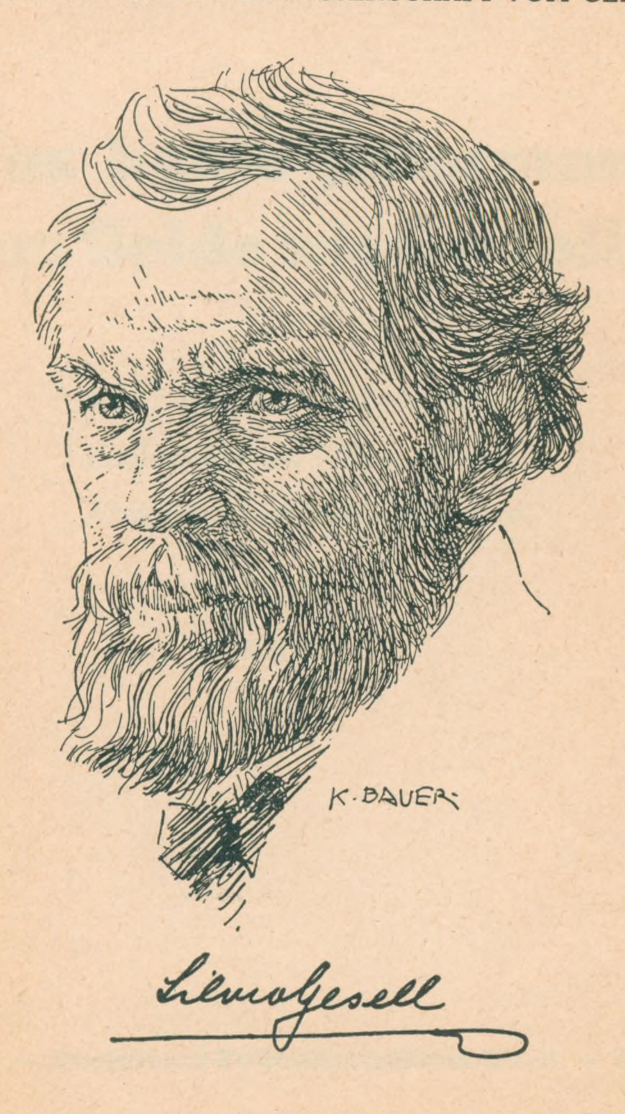
Was heute jedermann vom Gelde wissen muß

Vom Zins, vom Kredit, Abwertung, Kapitalexport, Schweizerische Nationalbank
Deckung und Kaufkraft des Geldes

Pestalozzi-Fellenberg-Haus Bern

[redacted]

SILVIO GESELL, 1862—1930
DER BEGRÜNDER DER WISSENSCHAFT VOM GELD



Großrat Fritz Schwarz

Was heute jedermann vom Gelde wissen sollte

Von der Schweizerischen Nationalbank, Zins, Kredit, Abwertung und Kapitalexport

2. Auflage

1949 — Pestalozzi-Fellenberg-Haus Bern — 1949

INHALTSVERZEICHNIS

Begriffsbestimmungen

Unter **Geld** wollen wir hier Münzen und Banknoten verstehen, in den meisten Schriften über das Geldwesen auch Bargeld genannt.

Währungsgeld oder Kurantgeld ist Bargeld, das in jedem beliebigen Betrage als Zahlung angenommen werden muß.

Scheidegeld ist Geld, das nur in vom Gesetze begrenzter Menge angenommen werden muß.

Bankgeld oder Giralgeld (sogenannter «bargeldloser Verkehr», Geldersatz oder Geldsurrogate) sind Schecks, Wechsel, Giroübertragungen und Abrechnungs- (Clearing-) Verkehr.

Wozu dient das Geld?

Geld ist Tauschmittel. Es erleichtert, beschleunigt und verbilligt den Austausch der Waren. Das Ausschalten des Geldes und die Rückkehr zum Austausch von Waren gegen Waren würde den gesamten Wirtschaftsablauf derart verlangsamen, daß schätzungsweise 2/3 bis 3/4 der heute lebenden Bevölkerung nicht mehr genug erzeugen könnte und verhungern müßte. (Man denke an die Zustände in Deutschland 1923 und in Rußland ungefähr um die gleiche Zeit: in beiden Ländern ist das Geld durch Rieseninflationen vernichtet worden und in beiden Ländern hatte man Hungersnot, bloß weil der Tausch von Geld gegen Ware erschwert, ja schließlich ganz verunmöglicht wurde.)

Das Geld ist das erste und das wichtigste aller Verkehrsmittel, ohne das die andern

Verkehrsmittel überflüssig und zwecklos werden, da nur die vom Geld geschaffene wirtschaftliche Arbeitsteilung in Berufe den Warenverkehr und damit alle anderen Verkehrsmittel notwendig macht.

Als Wertmesser wird das Geld bezeichnet, weil die Preise und Beträge in der Geldeinheit bezeichnet werden.

Als Zahlungsmittel dient das Geld bei der Zahlung von Steuern, Geschenken, Erbschaften usw.

Als Schatzmittel, Hortungs- oder **Thesaurierungsmittel** dient das Geld, wenn es gehamstert (thesauriert) wird. Diese Verwendung schließt jedoch seine Funktion als Tauschmittel aus und entfremdet es seinem eigentlichen Zwecke als Verkehrsmittel. (Die Freiwirtschaftsbewegung verlangt daher, daß das Geld reines Tauschmittel sei und nicht als Hamstergut gebraucht werden kann; sie verlangt darum Maßnahmen, die wohl das Geldhamstern verunmöglichen, dagegen aber das Sparen erleichtern und es für viele erst möglich machen!)

Wie entstand das Geld?

Geld kommt von gelten. Was allgemein Geltung hat, was gilt, was als allgemeines Tauschmittel verwendet, als Zahlungsmittel angenommen wird, ist Geld. Verschiedene Gegenstände galten im Lauf der Zeit als Tausch- und Zahlungsmittel, so z. B. Vieh, Muscheln, Teeziegel, Pelze, dann mehr und mehr Schmuckstücke aus Edelmetall und schließlich (seit 700 v. Chr.) mit einem staatlichen Gewichtsstempel versehene Edelmetallstücke: **Münzen.** Der Staat übernahm damit die Verantwortung für das Gewicht der Münzen und ihren Gehalt an Edelmetall.

Neben die Münzen traten später die **Banknoten.** Banknoten können entweder Anweisungen auf das Gold der Notenbank sein, die sie ausgegeben hat, oder sie sind Papiergeld. Papiergeld ist keine Anweisung auf das Gold der Notenbank, sondern ausschließlich Tauschmittel.

Wer macht heute unser Geld?

Um die Herstellung und Ausgabe der Geldmünzen und der Noten stritten sich von alters her die Herren jedes Landes, weil mit der Geldausgabe Macht und Einkommen verbunden war.

Heute wird das Münzgeld in der Schweiz von der Eidgenössischen Münze in Bern hergestellt, auf Rechnung der Eidgenossenschaft.

Die Banknoten werden in der Regel von Aktiengesellschaften herausgegeben. (Ausnahmen: in Finnland besteht eine reine Staatsbank; die Bank von England war eine Genossenschaftsbank, 1694 gegründet, der Staat war nicht beteiligt; Irland hat eine Währungskommission mit Notenausgaberecht neben privaten Notenbanken; Lettland hat eine Staatsbank als selbständiges Unternehmen; Rußland hat naturgemäß eine Staatsbank; Schweden hat eine Staatsbank, die direkt dem Reichstag und dessen Bankausschuß unterstellt ist.) Auch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ.) in Basel ist eine Aktiengesellschaft.

In der Schweiz hat die Schweizerische Nationalbank die Geldversorgung übernommen.

Die Schweizerische Nationalbank

Am 18. Oktober 1891 wurde folgender abgeänderter Art. 39 in die Bundesverfassung aufgenommen:

Art. 39. Das Recht zur Ausgabe von Banknoten und andern gleichartigen Geldzeichen steht ausschließlich dem Bunde zu.

Der Bund kann das ausschließliche Recht zur Ausgabe von Banknoten durch eine unter gesonderter Verwaltung stehende Staatsbank ausüben oder es, vorbehältlich des Rückkaufsrechtes, einer zu errichtenden zentralen Aktienbank übertragen, die unter seiner Mitwirkung und Aufsicht verwaltet wird.

Die mit dem Notenmonopol ausgestattete Bank hat die Hauptaufgabe, den Geldumlauf

des Landes zu regeln und den Zahlungsverkehr zu erleichtern. (Im Gesetz nicht hervorgehoben!)

Der Reingewinn der Bank über eine angemessene Verzinsung, beziehungsweise eine angemessene Dividende des Dotations- oder Aktienkapitals und die nötigen Einlagen in den Reservefonds hinaus kommt wenigstens zu zwei Dritteilen den Kantonen zu.

Die Bank und ihre Zweiganstalten dürfen in den Kantonen keiner Besteuerung unterzogen werden.

Eine Rechtsverbindlichkeit für die Annahme von Banknoten und andern gleichartigen Geldzeichen kann der Bund, außer bei Notlagen in Kriegszeiten, nicht aussprechen.

Die Bundesgesetzgebung wird über den Sitz der Bank, deren Grundlagen und Organisation, sowie über die Ausführung dieses Artikels überhaupt das Nähere bestimmen.

Zuerst wurde eine Staatsbank vorgeschlagen. Aber die Vorlage wurde abgelehnt: das Volk wollte nicht eine vom Staat abhängige Bank haben; man befürchtete, die Bundesregierung könnte die Notenpresse mißbrauchen, um den Geldmangel in der Bundeskasse auf diese bequeme Weise zu beheben. So wurde am 6. Oktober 1905 das Gesetz über die Schweizerische Nationalbank angenommen, das in der allgemeinen Ueberarbeitung vom 7. April 1921 noch heute gilt.

SNB in Tätigkeit seit 20.6.1907

Im Art. 1 wird der Name der Bank festgestellt:

«Schweizerische Nationalbank.»
«Banque nationale suisse.»
«Banca nazionale svizzera.»

Obschon die Bank eine Aktiengesellschaft ist, erhielt sie mit dieser Namengebung durch das Gesetz das Recht, das «AG.» hinter der Firma wegzulassen, so daß man im Volk in der Regel gar nicht weiß, daß es sich hier um eine Aktiengesellschaft handelt.

Die Aufgabe der Nationalbank wurde so umschrieben:

Art. 2. Die Nationalbank hat die Hauptaufgabe, den GELDUMLAUF des Landes zu regeln und den Zahlungsverkehr zu erleichtern. Sie hat ferner den Kassenverkehr des Bundes, soweit er ihr übertragen wird, unentgeltlich zu übernehmen. (GELDUMLAUF von uns hervorgehoben.)

Banknotenmonopol wird alle 10 Jahre erneuert. [bis 1957]

Ueber das *Verhältnis zwischen Bund und Nationalbank* äußerte sich *Bundesrat Motta* am 18. September 1917 folgendermaßen:

«Wir müssen darauf aufmerksam machen, daß die Nationalbank als selbständiges eidgenössisches Institut nicht unserm Departement unterstellt ist, wenn wir auch mit ihr stets enge Fühlung unterhalten.»

Am 31. Dezember 1917 machte das *Eidg. Finanzdepartement* folgende «grundsätzliche Feststellungen»:

«1. Die Nationalbank, *als halb staatliches, halb privates Institut* zur Regelung des Geldumlaufes und Erleichterung des Zahlungsverkehrs, ist ihrem *Bankrat*, ihrer *Aktionärversammlung und zuletzt auch dem Bundesrate*, und

2. Das Eidg. Finanzdepartement ist dem Bundesrate und der Bundesversammlung gegenüber verantwortlich.

Weder die Nationalbank noch das unterzeichnete Departement haben ihre Handlungen Privaten gegenüber zu rechtfertigen oder ihnen bindende Erklärungen über die zu befolgende Währungspolitik abzugeben.»

Am 20. Dezember 1938 erklärte Bundesrat *Obrecht* im Nationalrat:

«Die Nationalbank ist eine *Aktiengesellschaft*, geschaffen durch ein Bundesgesetz. Die Organe der Nationalbank sind *ihren Aktionären gegenüber verantwortlich.*»

Die Organe der Nationalbank

Die *Aufsichtsorgane* der Nationalbank sind:

1. **Die Generalversammlung der Aktionäre.** — Sie findet jährlich spätestens im April statt.

Während in England die Aktionärenverzeichnisse aller Aktiengesellschaften öffentlich aufliegen müssen, ist dem Verfasser dieser Schrift — obschon er selber seit 1919 Aktionär ist — jede Einsichtnahme in das Aktionärenverzeichnis unter Berufung auf das

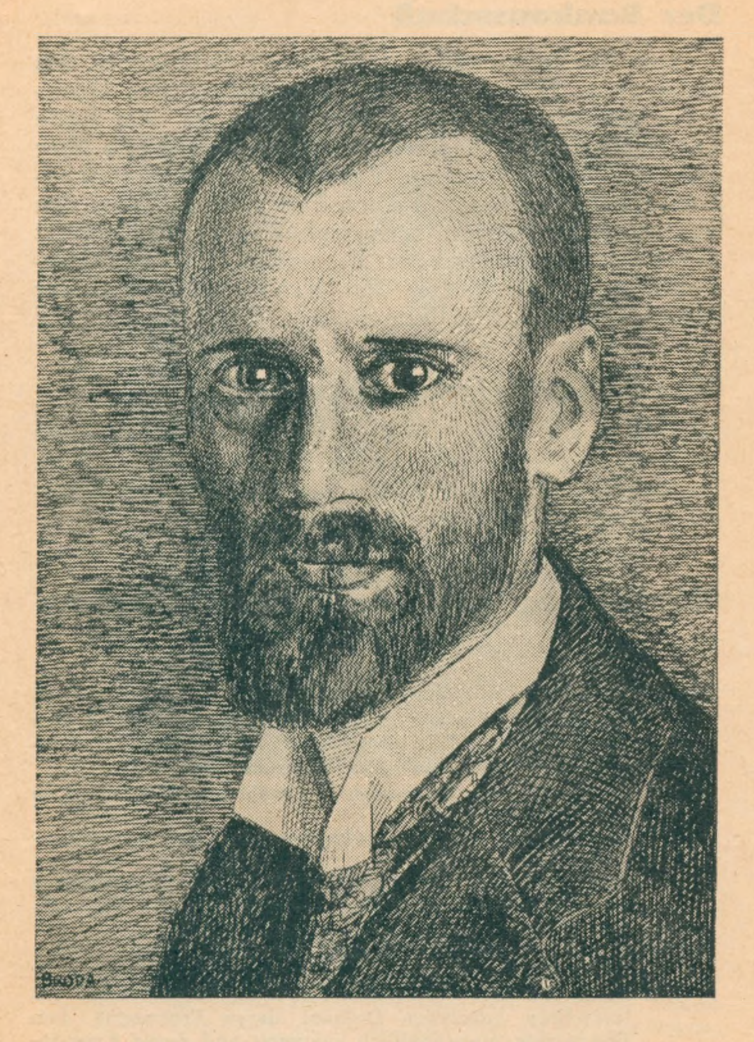
Bankgeheimnis verweigert worden. So darf die Nationalbank heute als «Geheimgesellschaft» bezeichnet werden, als die einzige Geheimgesellschaft der Schweiz, seitdem die Verzeichnisse der Freimaurer-Orden veröffentlicht worden sind.

Ueber die Verteilung der Aktien ist folgendes bekanntgegeben worden: Nach den Eintragungen im Aktienregister besaßen am 31. Dezember 1948:

2431	Privataktionäre je	1	Aktie
1922	» »	2	Aktien
1441	» »	3— 5	»
634	» »	6— 10	»
436	» »	11— 25	»
166	» »	26— 50	»
54	» »	51—100	»
24	» »	101—200	»
11	» »	über 200	»
7119	Privataktionäre zusammen	45 552	Aktien
23	Kantone und Halbkantone zusammen	38 454	»
27	Kantonalbanken zusammen	15 994	»
7169	Aktionäre zusammen	100 000	Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 54,45 Prozent im Besitz der Kantone und der Kantonalbanken und 45,55 Prozent im Besitz von Privaten. Der Bund selbst besitzt gar keine Aktien «seiner» Nationalbank. Laut Art. 37 des Nationalbankgesetzes darf kein Privataktionär in der Generalversammlung für eigene und vertretene Aktien mehr als hundert Stimmen abgeben.

2. **Der Bankrat** besteht aus 40 Mitgliedern. Davon werden 15 durch die Aktionärversammlung und 25 durch den Bundesrat gewählt, darunter auch der Präsident und der Vizepräsident. Es wird darauf geachtet, daß alle Stände im Verwaltungsrat vertreten sind. Als Vertreter der Arbeiterschaft kam jedoch erst 1931 Rechtsanwalt Johannes Huber, St. Gallen, in den Verwaltungsrat. Noch später folgten Robert Bratschi und Dr. Max Weber. Die Freiwirtschafter, die einzigen Währungsreformer, sind in den Bankbehörden bis heute (1949) nicht vertreten.



Dr. phil. et med. Theophil Christen
1873—1920

Sein Werk «Das Geldwesen ein dynamisches System» ist das beste, das klassische Werk über das Geldwesen.

Der Bankausschuß

Der Bankausschuß besteht aus 7 Mitgliedern des Bankrates. Präsident und Vizepräsident des Bankrates gehören ihm von Amtes wegen an. Am Ende der Amtsperiode 1943 wurde bestimmt, daß alle über siebzig Jahre zählenden Verwaltungsräte zurückzutreten hatten. Dies traf auch Prof. Dr. E. Laur, den Vertreter der Bauern im Ausschuß; er wurde ersetzt durch E. Hürlimann, der Verwaltungsrat von Versicherungsgesellschaften, der Kreditanstalt und der Maschinenfabrik Oerlikon ist.

3 Rechnungs-revisoren

Das Generaldirektorium

Dept I + III in Zch.

besteht aus drei Generaldirektoren, von denen einer in Bern und zwei in Zürich sitzen. Sie werden vom Bundesrat auf unverbindlichen Vorschlag des Bankrates für 6 Jahre gewählt.

Mitwirkung und Aufsicht des Bundes bei der Verwaltung der Bank

Dept. II in Bern

Darüber heißt es im Gesetz:

Art. 65. Die durch Art. 39 der Bundesverfassung dem Bunde übertragene Mitwirkung und Aufsicht bei der Verwaltung der Nationalbank vollzieht sich:

1. **durch die vom Bundesrate zu wählende Vertretung in den Bankbehörden;**
2. **durch die Wahl des Direktoriums und der Lokaldirektionen;**
3. **durch die dem Bundesrate vorbehaltene Genehmigung der Reglemente, des Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung;**
4. **durch die Berichterstattung des Bundesrates an die Bundesversammlung;**
5. **durch die dem eidgenössischen Finanzdepartement unterstellten speziellen Organe, deren Ernennung dem Bundesrate ausschließlich zukommt und deren Funktionen durch das Gesetz über die Organisation des eidgenössischen Finanzdepartements festgestellt werden.**

Diese Mitwirkung und Aufsicht des Bundes macht, zusammen mit der Verteilung des Reingewinnes, die



Hans Bernoulli,

Ehrenpräsident des Freiwirtschaftsbundes. Er wurde auf Betreiben der Schweizerischen Nationalbank von der Eidg. Techn. Hochschule vertrieben, wo er 25 Jahre lang als hochgeschätzter Professor der Städtebaukunst gewirkt hatte. Und zwar deshalb, weil er sich für eine Reform des Geldwesens zum Wohl des Volkes und zum Nachteil der nationalen und internationalen Hochfinanz eingesetzt hatte und sich nicht einschüchtern ließ.

Verstaatlichung der Nationalbank überflüssig. Es würde damit nichts geändert. Verbessert werden müssen nur die Währungsvorschriften und das Geld selbst.

Die Dauer des Privilegiums der Nationalbank

Von 1907 ab wurde das Notenausgaberecht bis 1927 an die Nationalbank vergeben. Seither muß es alle 10 Jahre erneuert werden und läuft von einem Siebener-Jahr zum andern.

Die Verteilung des Reingewinns

Darüber bestimmt Art. 28:

Art 28. Von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresertrag werden zunächst 10% dem Reservefonds überwiesen, in keinem Falle jedoch für ein Jahr mehr als 2% des einbezahlten Grundkapitals.

Sodann wird eine Dividende bis zu 5% auf das einbezahlte Grundkapital ausgerichtet.

Vom verbleibenden Reingewinn werden bis zu 10% zur Ausrichtung einer Superdividende von höchstens 1% auf das einbezahlte Grundkapital verwendet.

Der Rest wird wie folgt verteilt:

1. **zunächst erhalten die Kantone eine Entschädigung von achtzig Rappen auf den Kopf der Bevölkerung;**
2. **ein alsdann verbleibender Ueberschuß fällt unter Vorbehalt des Art. 29 zu einem Drittel dem Bund und zu zwei Dritteln den Kantonen zu.**

Die Zuweisungen an die Kantone nimmt der Bundesrat vor im Verhältnis zu der durch die letzte Volkszählung festgestellten Wohnbevölkerung.

Daß Geld in Reserve gestellt wird — jährlich höchstens eine halbe Million — ist richtig und vernünftig.

Von außerordentlichen Reserven, wie sie der sogenannte «Währungsausgleichsfonds» vorsieht, worin man den Abwertungsgewinn in Reserve gestellt hat, war im ganzen Gesetz keine Rede. Das Zurückbehalten des Abwertungsgewinns, der am 26. September 1936 durch die damalige Abwertung entstand,

war daher ungesetzlich. Unglücklicherweise wurde dieser Gewinn gerade bei Ausbruch des Krieges 1939 verteilt und half die Inflation ankurbeln.

Die Dividende betrug bis 1921 immer 4%, seither ist sie auf 5 und für gute Jahre auf 6% erhöht worden: es gab seit 1921 für die Nationalbank merkwürdigerweise, im Gegensatz meist zum Geschäftsgang der Wirtschaft immer gute Jahre, immer 6 Prozent Dividenden.

Die Entschädigung von 80 Rp. pro Einwohner an die Kantone erklärt sich daraus, daß vor 1907, vor der Eröffnung der Nationalbank, die Kantone das Notenausgaberecht (Notenmonopol) besaßen und daraus Gewinn zogen. Dieses Recht gaben sie ab an die Nationalbank gegen diese Entschädigung. Die Nationalbank war bis 1915 nicht in der Lage, diese Entschädigung auszahlen zu können; der Bund mußte ihr den Betrag vorschießen.

Welchen Einfluß hat die ungleichmäßige Geldversorgung auf die Volkswirtschaft?

«... Reichlich verfügbares Geld würde dem Lande eine vollständig unrichtige Situation vortäuschen, würde Anlaß zu üppigerer Lebenshaltung, zu Erweiterungen aller Art, zu Spekulation und Börsenspiel geben. Die Nachfrage nach Produkten, Waren, Fabriken würde erhöht, deren Wert gesteigert, mit andern Worten, die Kaufkraft der nationalen Noten würde vermindert.»

So schilderte Subdirektor E. Ott von der Schweizerischen Nationalbank 1916 (in «Krieg und Geld») die Folgen einer zu reichlichen Geldversorgung.

Die Folgen einer Verknappung der Geldversorgung schilderte er mit folgenden Worten:

«Die Verknappung der Geldmittel wird, rückwirkend, die Nachfrage nach Waren herabsetzen, deren

Preis somit ungünstig beeinflussen» (also senken!).

Den Einfluß der Geldvermehrung und der Geldverminderung auf den Preisstand kennzeichnete Dr. A. Meyer (der spätere Bundesrat) 1921 folgendermaßen:

«Es zweifelt doch heute kein Mensch mehr daran, daß man durch Vermehrung der Zahlungsmittel die Preise heben und durch Verminderung der Zahlungsmittel die Preise senken kann.»

Die Folge der Erhöhung des Geldumlaufs ist also Preissteigerung, die der Verminderung dagegen Preisfall.

Die allgemeine Preissteigerung wird als **Inflation**, der allgemeine Preisfall als **Deflation** bezeichnet.

Wie berechnet man den Preisstand?

Es werden verschiedene Preisstände (Indices) berechnet.

Der Großhandelspreisstand oder Großhandelsindex umfaßt die Preise von 120 Waren im Großen berechnet, z. B. die Milchpreise, die die Verbände den Bauern zahlen, den Getreidepreis in der Mühle usw. Jeder Preis wird nach seiner Bedeutung («Gewichtung») in Rechnung gestellt — wir haben einen gewogenen Index, in dem jede Ware nach ihrem Verbrauch eingerechnet ist.

Der Lebenskostenindex enthält die Preise, die der Konsument zahlt; auch diese Preise sind wieder nach ihrer Bedeutung im gesamten Haushalt des Volkes in Rechnung gestellt. Ermittelt werden sie aus Haushaltungsrechnungen, die auf Veranlassung des Volkswirtschaftsdepartements geführt und kontrolliert werden.

Bewegungen der Einzelpreise brauchen den Index nicht zu ändern, wenn diese Bewegungen entgegengesetzt verlaufen; sinkt z. B. der Milchpreis und steigt der Brotpreis, so bleiben die Lebenskosten die gleichen. So hatten wir vom September 1927 bis im April 1929 einen sozusagen festen Lebenskostenindex — er schwankte nur um ½ Prozent nach un-



Monsignore Dr. Frantisek Kordac †, Erzbischof von Prag,

ein eifriger Verfechter der Geldreform im Sinne des Freigelds.

ten bzw. nach oben — und doch bewegten sich die einzelnen Preise ganz frei.

Schwankungen des Großhandelspreisstandes treten früher ein und sind stärker als die des Kleinhandels- oder des Lebenskostenindexes. Bleiben die Schwankungen des Großhandelsindexes aus, so bleibt auch der Lebenskostenindex fest. Die Schwankungen der Einzelpreise «stoßen die Produzenten mit der Nase darauf, was sie zu tun und was sie zu lassen haben» (Friedrich Engels); sie regeln damit die Produktion.

«Schwankungen des gesamten Preisstandes dagegen sind Fehler in der Geldversorgung, denn es sind Schwankungen des Geldwertes, der Kaufkraft des Geldes. — Die Verantwortung, die die Leiter der Geldpolitik für die heutige, verhängnisvolle Entwicklung tragen, ist in der Tat so fürchterlich, daß der Eifer leicht zu verstehen ist, womit man auf der Seite der Notenbanken jeden Einfluß auf diese Entwicklung abzulehnen sucht.» (Prof. Cassel.)

Geldwertschwankungen (Inflation und Deflation) stören die Produktion; sie sind das Anzeichen einer **kranken Währung.**

Wer entscheidet über die Höhe der Geldversorgung?

Ueber den Umfang der Versorgung mit Münzen, insbesondere mit Goldmünzen, entscheidet der Zufall: wird viel Münzmetall gefunden, so können viele Münzen hergestellt werden — was in der Regel auch geschieht —, und will es der Zufall, daß wenig Münzmetall gefunden wird, so können wenig Münzen ausgeprägt werden. Zeiten der Münzgeldverknappung waren das Mittelalter vom ersten Jahrhundert n. Chr. bis zur Entdeckung der Silbervorkommen von Joachimstal, im 13. Jahrhundert, dann die Zeit von 1874 bis 1890 und die Jahre von 1912 bis 1932.

Zu dem Zufall der Edelmetallfunde kommt die Willkür der Gold- und Silberhamster, die

den Notenbanken das Deckungsmetall und den Münzen das Münzmetall vorenthalten. So wurden im ersten Halbjahre 1933 — nach einer Berechnung des deutschen Konjunkturforschungsinstitutes in Berlin — den Notenbanken der Welt durch die Goldhamsterei mehr Gold entzogen als die gesamte Goldgewinnung des Jahres 1932 betragen hatte! In der Schweiz allein sind 800 Mill. in Goldmünzen gehamstert worden. Als durch die Silberaufkäufe der Regierung der Vereinigten Staaten im Frühjahr 1935 der Silberpreis stieg, wurde den Silberwährungsstaaten China und Mexiko durch die private Hamsterei so viel Silber entzogen, daß Mexiko aus Silbermangel sofort von der Silberwährung abgehen mußte. Die Edelmetallwährungen machen daher die Volkswirtschaft vom Zufall der Edelmetallfunde und von der Willkür der Edelmetallhamsterer abhängig. Daher verlangt z. B. Prof. Cassel, einer der bekanntesten Finanzexperten der Welt, die Abkehr vom Golde, das von 1912 bis 1935 nie in genügender Menge gefunden wurde. Schon 1913 haben die Professoren Irving Fisher und Woodrow Wilson (der spätere Präsident der Vereinigten Staaten) eine Verkleinerung der Goldmünzen bei gleichbleibendem Nennwert verlangt, um die Münzmenge der Warenmenge anzupassen.

Was heißt Währung?

Währung kommt von währen. Was soll währen? — Der Wert, die Kaufkraft des Geldes. Woran erkennt man, ob die Währung wirklich ihren Namen verdient? Am Preisstand, denn ist dieser fest, so bleibt es auch die Kaufkraft des Geldes der Gesamtheit der Waren gegenüber.

«Eine Währung ist dann als vollkommen zu betrachten, wenn die Kaufkraft der Geldeinheit unveränderlich ist.» (Ricardo.) «Das Ziel jeder ernsthaften Währungspolitik ist seit mehr als einem Jahrhundert die Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes, der inländischen wie der ausländischen, gewesen.» (Der

Bundesrat im «Schweizerischen Handelsamtsblatt» vom 5. VI. 1925.)

Die Goldwährung erblickt ihr Ziel nur in der Aufrechterhaltung des festen Goldpreises. (Vor dem 26. September 1936 in der Schweiz 1 kg = 3344,45 Fr.) Sie ist nur ein Sonderfall der Währung, indem sie bloß den Preis des Goldes festigt, während alle andern Preise schwanken. So stieg der Großhandelsindex in den USA. unter der Goldwährung im Verhältnis von 20 (1876) zu 100 (1920). Mit andern Worten: Trotz des festen Goldpreises, also trotz Aufrechterhaltung der Goldwährung, schwankten die Lebenskosten im Verhältnis von 1 : 5. — Die reine Goldwährung hatten wir in der Schweiz vom 1. April 1930 bis am 26. September 1936. In dieser Zeit sank der Preisstand um 25%, weil im Verhältnis zum Warenangebot zu wenig Gold vorhanden war, um den Preisstand von 1930 aufrechtzuerhalten.

Gold und Silber als Tauschmittel hatten, verglichen mit den früher gebrauchten, große Vorteile. Aber bald zeigten sich auch die Schattenseiten. Gold, Silber und die ihnen nachgeahmten Banknoten waren den Waren an Dauer und zum Aufbewahren überlegen; sie konnten mit Nutzen gehamstert werden. Damit hemmten sie den Produzenten und beuteten auch den Konsumenten aus. Das hat Friedrich Engels in seinem «Anti-Dühring» treffend dargestellt. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß diese Hemmung der Produktion und des Warenaustausches zur Kapitalarmut und damit zum Zins geführt hat.

Albert Einstein lehnt daher, wie auch Edison, die Goldwährung ab; er schreibt :«Die Goldwährung hat nach meiner Meinung den schweren Nachteil, daß Verknappung der Goldbestände automatisch eine Verknappung des Kreditvolumens sowie der umlaufenden Zahlungsmittel zur Folge hat.»

In letzter Zeit spielt auch Rußland in der Goldversorgung eine ständig wichtiger werdende Rolle.

Die Silberwährung stabilisiert gleichermaßen nur den Preis des Silbers. Da auch die Silberproduktion starken Schwankungen unterworfen ist, so schwanken die Lebenskosten unter der Silberwährung ebenfalls überaus stark.



«Das goldene Kalb hat sich bis heute zu einem respektablen Stier entwickelt, der als tollgewordenes Vieh unsere ganze Kultur bedroht.» (Simplizissimus.)

Alle Metallwährungen sind Zufallswährungen, da die Metallfunde und besonders die Goldfunde vom Zufall abhängen; sie bieten vor allem keinen Schutz vor dem Zuwenig an Währungsmetall und damit vor der Geldknappheit, der Deflation.

Aus diesen Erfahrungen verlangte schon Ricardo (1772—1823) als Währungsstoff Papier, da Papier-

Gold
Silber
Bimetallismus — Parallelwährung

geld sehr leicht dem wechselnden Warenangebot angepaßt werden könnte; diese Forderung griffen Gesell (der Begründer der Freigeldlehre) und Prof. Cassel wieder auf.

Die Papierwährung ist anpassungsfähig, kann aber auch sehr leicht durch Unkundige mißbraucht werden. Der große Vorteil der Papierwährung gegenüber den Metallwährungen ist die praktisch unbegrenzte Vermehrung des Geldbestandes. Daher wird zu Beginn der Kriege und zur Lösung von scharfen Krisen die Goldwährung oder die Silberwährung immer durch die Papierwährung ersetzt. Aus diesem Grunde bieten die Metallwährungen keinen Schutz vor Inflation: sie werden einfach fallen gelassen und durch die Papierwährungen ersetzt. Durch diesen Mißbrauch der Papierwährung durch die Goldwährungsanhänger ist die Papierwährung in Verruf gekommen. Die Papierwährung hatten wir in der Schweiz vom 30. Juli 1914 bis 1. April 1930 und seit dem 26. September 1936. — Eine gutgeleitete Papierwährung ist aber jeder Metallwährung überlegen.

Die Indexwährung: Unter der Indexwährung bildet nicht der feste Goldpreis allein, sondern der feste Durchschnittspreis aller Waren — der Index — den Maßstab für die Geldversorgung. Wie bei steigendem Goldpreis und sinkendem Preis (Kurs) des Papiergeldes die Notenmenge vermindert, damit der Goldpreis wieder gesenkt und der Preis der Noten gehoben wird («Goldwährung»), so wird bei sinkendem Index und steigender Kaufkraft der Noten die Notenausgabe vermehrt, damit deren Wert (Kaufkraft) gesenkt und der Wert der Waren erhöht.

Vom September 1927 bis April 1929 hatten wir in der Schweiz — unbeabsichtigt — die Indexwährung, indem in diesen anderthalb Jahren der Preisstand fest gehalten wurde.

Die Indexwährung heißt auch feste Währung oder **Festwährung.**

Was wird über die Festwährung gesagt?

«Allen diesen Einwendungen und Zweifeln an einer Festwährung gegenüber ist doch das eine festzuhalten, daß durch Einschränkung oder Ausdehnung des Kredits das Preisniveau beeinflußt werden kann.» (Generaldirektor G. Bachmann von der Schweizerischen Nationalbank an der Generalversammlung der Aktionäre am 3. März 1928.)

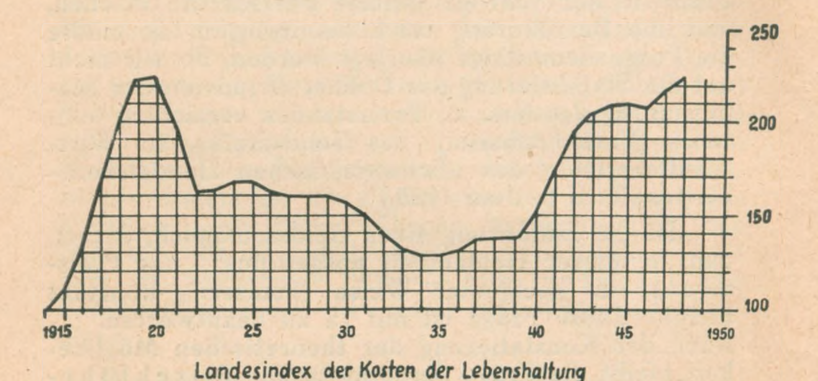
«Sollte in der Folge die Aufwärtsbewegung der Preise in der Schweiz weitere Fortschritte machen, und die Bevölkerung stark beunruhigen, so müßte die Frage neuerdings überlegt werden, ob wir nicht auf die Stabilisierung des Dollars zugunsten der Stabilisierung des inneren Preisstandes verzichten sollten.» (Vernehmlassung des Bundesrates, im Wirtschaftsberichte des «Schweizerischen Handelsamtsblattes» vom 6. Juni 1925.)

«Ist die Einführung eines Geldes möglich, derart, daß in dieser Geldeinheit ausgedrückt, das Preisniveau, in geeigneter Weise gemessen, konstant bleibt? Diese Frage ist mit ja zu beantworten. ... Nach der Konstatierung der theoretischen Möglichkeit bleibt die Frage der praktischen Durchführbarkeit und der Zweckmäßigkeit zu beantworten. Ich glaube an die erstere, also an die praktische Durchführbarkeit ...» (Prof. Dr. V. Furlan. Handelsredaktor der «Basler Nachrichten» und Dozent für Währungsfragen an der Basler Universität, in der «Zeitschrift für Schweizerische Volkswirtschaft und Statistik», 1920, Heft 1, S. 76.)

«Durch Vermehrung und Verminderung der Münzen und des Papiergeldes soll die Zahl der Tauschinstrumente immer im gleichen Verhältnis zu den Bedürfnissen gehalten werden. Die Lösung wäre die beste und könnte sich gut eines Tages verwirklichen. Die Geschichte der Entdeckungen zeigt uns, daß die zunächst von der Natur uns gelieferten Werkzeuge mit Vorteil durch künstliche ersetzt werden — z. B. in der Zeitmessung die Sonnenuhr durch den Chronometer und für die Länge der Erdumfang durch den

Maßstab aus dem Kunstmetall «invar», der als internationales Maß dient. Daher ist es nur folgerichtig, anzunehmen, daß das Maß des Wertes, das Geld aus Metall, durch ein künstliches Geld ersetzt wird, das auch «invar» ist, und durch einen Fetzen Papier dargestellt wird.» (Prof. Dr. Ch. Gide, Cours d'économie politique, I. S. 93.)

«Die Welt hat jetzt schon gelernt, daß eine rationell regulierte Papiervaluta möglich ist, ja, daß die



Die Schwankungen des Preisstandes.
1914: 100; 1920: 224; 1935: 128; 1948: 224.

Goldvaluta in der Tat nichts anderes ist als eine Papiervaluta, die durch angemessene Regulierung der Zahlungsmittelversorgung in Parität mit Gold gehalten wird. Die Abschaffung der Goldwährung und der Uebergang zu einer rationell regulierten Papierwährung ist also nicht nur vollständig möglich, sondern wird auch unter gewissen Voraussetzungen absolut notwendig werden.» (Prof. Dr. Gustav Cassel in «Währungsstabilisierung als Weltproblem».)

«Das natürliche Mittel zur Beseitigung der Uebelstände der Goldwährung ist nach meiner Meinung: Regulierung der umlaufenden Geldmenge und des

Kreditvolumens unter Konstanthaltung des mittleren Warenpreises, bei Abschaffung jeder besonderen Deckung. — Die Schaffung eines Geldes, das sich nicht hamstern läßt, würde zur Bildung von Eigentum in anderer, wesentlicher Form führen.» (Albert Einstein, der Begründer der Relativitätstheorie, in «Mein Weltbild» und brieflich.)

«Fragt man, ob man denn den Preisstand bestimmen könne, so sagen wir darauf: beruht denn nicht gerade die Theorie und Praxis der Goldwährung auf der sogenannten Quantitätstheorie? Sie ist doch geradezu die Grundlage und zugleich das Kriterium der Goldwährung und ihrer Funktion. — Die Londoner Handelskammer schlägt vor, daß die Ausgabe von Geld so geschehe, daß der Preisstand im Landesinnern fest bleibt. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß eine Senkung des Preisstandes irgend jemandem hilft. Ob der Preisstand fällt durch technische oder durch geldliche Ursachen, in beiden Fällen verursacht der Fall Beunruhigung und wirft alle Berechnungen der Geschäftsleute über den Haufen. Wenn durch technische Neuerungen, bessere Verwaltung usw. die Produktion verbilligt wird, so sollte nicht der Preisstand gesenkt, sondern es müssen die Löhne erhöht werden.» (Mr. Leigh, Generalsekretär der Londoner Handelskammer.)

«Wir können unser Preisniveau kontrollieren, und wir müssen es tun, wenn wir Depressionen wie die soeben erlebte vermeiden wollen. Jede Regierung, welche sich das Preisniveau aus der Hand gleiten läßt — ob aufwärts oder abwärts — muß schuldig befunden werden.» (Prof. Dr. Irving Fisher.)

«Wird der Kredit stark eingeschränkt und verteuert, so zeigen sich die Folgen in den bekannten Deflationserscheinungen: Druck auf das Preisniveau sowohl am Waren- als auch am Effektenmarkt.» (Schweiz. Kreditanstalt, Bericht vom September 1931.)

«Es würde sich empfehlen, die Schaffung einer einheitlichen Reichswährung ins Auge zu fassen und

den Inlandspreis zu festigen. Das würde alsbald auch auf andere Länder wirken und vielleicht bahnbrechend sein für die Reform der nationalen Währungssysteme.» (Sir Basil Blackett, einer der 24 Direktoren der Bank von England, in einer Rede vor dem Londoner Rotary-Club.)

Krankheiten der Währung

Die gesunde Währung ist die Währung mit fester Kaufkraft der Währungseinheit = **Indexwährung.**

Die Inflation ist ein zu großer Geldumlauf im Verhältnis zum Warenangebot, wodurch das Geld entwertet wird, seine Kaufkraft sinkt, der Preisstand steigt.

Ursachen der Inflation: Bei Metallwährungen zu große Metallfunde, die in die Münzanstalten gebracht und zu Münzen ausgeprägt werden, zu starke Vermehrung der Noten, Unterlassen einer Geldumlaufsverminderung bei zurückgehendem Warenangebot, plötzliches in Umlaufsetzen von bisher gehamstertem Geld.

Folgen der Inflation: Die Entwertung des Geldes und die Erhöhung der Sachgüterpreise führt zur Flucht in die Sachwerte und damit zur Belebung des Wirtschaftslebens. Man vergleicht diese Wirkung mit der einer Kampferspritze auf den menschlichen Organismus, da mit Aufhören der Inflation auch diese Wirkung aufhört. Die weitergehende Inflation führt zu einer fortschreitenden Entwertung aller Ersparnisse in Geldforderungen. Deren Kaufkraft sank z. B. von 1914—1920 in der Schweiz von 100 (1914) auf 44,6 (1920). der gleichen Entwertung unterliegen auch alle Ansprüche an Versicherungen und Pensionskassen und deren Reserven.

Die gleiche Entwertung trifft auch die Löhne der Festbesoldeten. Die Preissteigerung geht rasch vor sich, die Teuerungszulagen folgen langsam. So betrug z. B. der Ausfall an Kaufkraft beim schweizerischen Bundespersonal in den 6 Jahren von 1914

Die große Dürre 1934 in den Vereinigten Staaten



und wie man sie in einem Deflationslande begrüßt:

«Vielleicht wird die große Dürre, die das Klima dieses Sommers charakterisiert, wenigstens in einzelnen Staaten die Lage der Landwirtschaft bessern.»

(«Die Volkswirtschaft», herausgegeben vom Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, Heft Nr. 8, 1934.)

(Text und Bild aus dem «Nebelspalter», Rorschach.)

bis 1920 trotz der Teuerungszulagen nicht weniger als 14 Monatsbesoldungen, so daß die Kaufkraft einer Jahresbesoldung an Kaufkraft nur 9½—10 Monatsbesoldungen mit der Kaufkraft von 1913 betrug.

Die Schuldner werden durch die höheren Preise entlastet, die Gläubiger betrogen: je höher die Preise, desto weniger Produkte muß der Schuldner verkaufen, um das Geld für die Rückzahlungen und Zinsen zu erhalten, je weniger aber kann der Gläubiger mit Zinsen und Rückzahlungen kaufen. Die Inflation untergräbt den Sparsinn der jungen Leute, da sie einerseits leicht viel verdienen und anderseits nicht wissen, was das Verdiente noch wert sein wird, wenn sie es sparen.

Die Inflation verstößt gegen Treu und Glauben im Geschäftsleben. «Sie hat aus dem deutschen Volk ein Volk von Dieben gemacht» (Gustav Büscher), indem sie den Eigentumsbegriff lockert. Die Zunahme der Eigentumsverbrechen in der deutschen Inflation überstieg alle Vorstellungen.

Die Inflation führt zu Streiks, die aber keinen andern Erfolg haben, als mit den Löhnen den steigenden Preisen zu folgen, ohne sie jemals einholen zu können, solange die Inflation weiter geht.

Länder mit Inflation haben einen verhältnismäßig zu tiefen Wechselkurs und können daher sehr gut exportieren.

Die Deflation ist ein zu geringer Geldumlauf, so daß der Geldwert, die Kaufkraft des Geldes steigt, der Preisstand sinkt.

Ursachen der Deflation: Bei der Metallwährung zu geringe Metallfunde, dann Aufkauf des Währungsmetalls durch die eigenen Bürger oder durch fremde Staaten (die Vereinigten Staaten und ihre Silberaufkäufe 1934/35!), Liegenbleiben des Geldes bei zu geringem Zinsangebot bei Privaten und in Banken (Hamsterung, Geldstreik).

Folgen der Deflation: Die «Aufwertung» des Geldes und die damit zwangsläufig verbundene

Senkung des Preisstandes führt zum Liegenbleiben des Geldes, Käuferstreik genannt und dann auch zum Sparerstreik. Beides verursacht



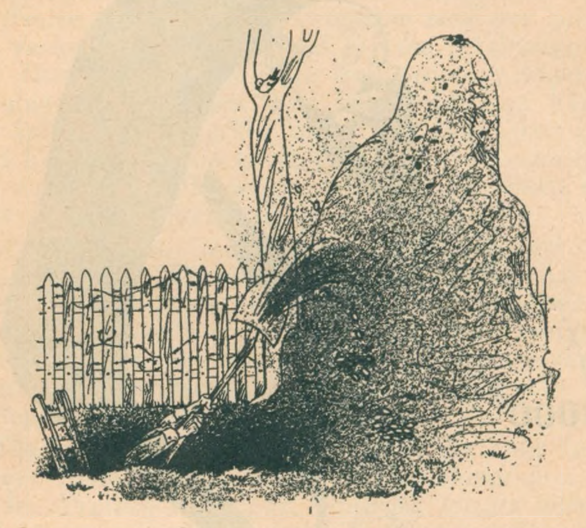
(«Nebelspalter», Rorschach)

Zämehebe söllme, säget gwüssi Patriötli. Und sie hebet au würkli zäme!

Absatzstockung und damit wiederum Arbeitslosigkeit. Die Unsicherheit des Geldes in den Banken — infolge der Entwertung der Pfänder: der Banken, der Häuser und Liegenschaften — führt zur Geldhamsterung und damit zu Bankzusammenbrüchen. Die Aufwertung der Schulden

verunmöglicht vielen den Zinsen- und Rückzahlungsdienst und führt neue Zusammenbrüche herbei.

«Umgekehrt läßt das Sinken des Preisstandes erkennen, daß die Zahlungsmittel im Vergleich zu der zum Verkauf angebotenen Gütermenge zu knapp sind. Die daraus entstehende Verlangsamung des Ge-



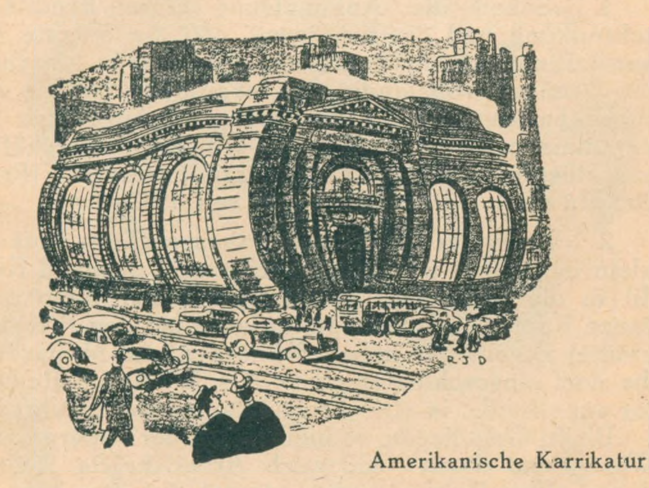
(«Nebelspalter», Rorschach)

Herr Sörgli gräbt seine Fünfliber ein.
(Während der Septemberkrise 1938 wurde jeden Tag eine Million Fünfliber neu in den Verkehr gebracht)

schäftsganges hat eine Steigerung der Arbeitslosigkeit zur Folge. In der Vermehrung und Verminderung der Zahlungsmittel im Verhältnis zur angebotenen Gütermenge liegt also ein beinahe automatischer Grund für die Belebung und Verlangsamung des Geschäftsganges und damit für die Erhöhung und die Verminderung der Beschäftigungsmöglichkeiten.» («La crise de chômage 1920—28», Internationales Arbeitsamt, S. 13.)

Die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes

Das Geld zirkuliert nicht immer mit der gleichen Geschwindigkeit. Wie groß die Unterschiede in der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes sein können, sieht man sehr gut am Geld, das auf dem sog. Girokonto der Nationalbank liegt. Die Nationalbank gibt in ihren Geschäftsberichten jeweilen an, wie lange



Amerikanische Karrikatur

Die Bank in der Erwartung des Preisabbaues.

Die Bank ist gefüllt mit Geld. Aber sie kann es denen nicht geben, die es dringend brauchten, denn es ginge verloren, und denen sie es geben möchte, die wollen es nicht, weil sie nichts verlieren möchten. ... So ertrinken sie im Ueberfluß an Geld, während die Volkswirtschaft am Geldmangel zu Grunde geht.

der Franken dort im Jahresdurchschnitt liegen geblieben sei. In den Jahren, in denen kein Preisfall erwartet wird, bleibt der Franken auf dem Girokonto durchschnittlich 0,7—0,8 Tage liegen, in den Jahren des erwarteten oder des vorhandenen Preisrückganges dagegen ist er schon (1932) im Jahresdurchschnitt 18,5 Tage liegen geblieben, also 22 mal länger als in guten Jahren. Da häuft sich dann das Geld auf dem Girokonto an; der Engländer hat dafür

einen eigenen Ausdruck, er bezeichnet es als idle money, d. h. «träges Geld».

Die Verlangsamung der Umlaufsgeschwindigkeit kann zwei Ursachen haben:

1. Allgemeinen Preisabbau oder Furcht vor einem solchen.

2. Tiefen Zinsfuß.

1. «Schon die Ankündigung einer Krediteinschränkung und die Erklärung, daß die oberste Finanzleitung auf ein niedrigeres Preisniveau hinarbeitet, genügen vollständig, um eventuelle Käufer zurückzuhalten und die Verkäufer zu Angeboten zu veranlassen, so daß auf diese Weise bei Geschäftsabschlüssen niedrigere Preise erzielt werden.» (Prof. Dr. Cassel, «Das Geldwesen seit 1914».)

2. «Wenn der für Leihgeld versprochene Zins zu klein ist, haben wir Kreditstreik, weil niemand Kredit in die Wirtschaft geben will. Daher bleibt das ganze Kapital auf den Banken oder bei den Privaten untätig liegen; wir haben Milliarden und Milliarden, die dort eingeschlossen sind.» (Dr. W. Egger, Redaktor am «Bund», in «Die Freigeldlehre eine Irrlehre?»)

Bleibt Geld liegen, so bleiben auf der andern Seite Waren und damit bald auch Arbeitskräfte liegen, denn: «Wer Geld einsperrt, sperrt Arbeiter aus».

Die Verlangsamung der Umlaufsgeschwindigkeit wirkt sich genau gleich aus wie die Verminderung des Geldbestandes: als Verminderung der Nachfrage nach Waren und Arbeitskräften. Je schneller dagegen das Geld umläuft, desto größer wird damit die Nachfrage nach Waren und Arbeitskräften. Jede Veränderung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes wirkt sich deshalb auf den Preisstand aus. Daher schlug Gesell einen «Umlaufszwang» für das Geld vor, der dessen Umlaufsgeschwindigkeit ausgleicht und, im Verein mit der richtig dosierten Geldmenge, das Geldangebot, die Nachfrage, auf gleichmäßiger Höhe erhält und vor allem auch das Zurückhalten des Geldes verhindert, wenn der Zins ins Sinken kommt.

Die Deckungsvorschriften

Der Gegenwert der von der Nationalbank ausgegebenen Noten muß zu mindestens 40% in «Gold und



(«Nebelspalter»)

Rund eine halbe Milliarde Franken streiken in der Krise.

473 000 Stück Tausendernoten waren 1938 in «Umlauf» gegeben. Aber liefen sie wirklich um?!

Silbermünzen gesetzlich anerkannter Währung, mit Ausschluß der Silberscheidemünzen» vorhanden sein. Praktisch bedeutet dies, daß heute nur noch Gold als

Metalldeckung in Frage kommen kann; alle Silbermünzen sind heute Scheidemünzen. Weiter sind als Deckung der Noten zulässig Goldbarren, fremde Goldmünzen, Wechsel, Checks, Schuldverschreibungen, Schatzscheine, Sichtguthaben auf das Ausland, Forderungen aus Belehnungen von Schuldverschreibungen und von Edelmetall, mit denen die Bank Handel treibt.

Für die Bemessung der Notenausgabe wird daher bei der Goldwährung nicht das Angebot von Waren auf dem Warenmarkt berücksichtigt, sondern die Goldmenge der Notenbank — die Golddeckung.

Das führte 1914—20 zu einer viel zu großen Ausgabe von Noten. Das Finanzdepartement übergab damals der Nationalbank Schuldverschreibungen und Schatzscheine und übernahm dafür den Betrag in Noten, die die Bundesverwaltung zur Begleichung ihrer Ausgaben verwendete. Während 1913 der Notenstand im Durchschnitt des ganzen Jahres 269 Mill. Franken betragen hatte, ließ sich z. B. 1918 das Finanzdepartement allein gegen Schatzscheine (auch Reskriptionsscheine oder Finanzwechsel genannt) über 560 Mill. in Noten leihen. Damit stieg die Notenausgabe von 272 Mill. Fr. im Jahresdurchschnitt 1913 auf 933 Mill. Fr. im Jahresdurchschnitt 1920 an. Dies war ohne Verletzung der Deckungsvorschriften möglich, da die Metalldeckung in der gleichen Zeit von 194 Mill. auf 627 Mill. Franken gesteigert werden konnte: die Deckung betrug also 1913 71 Prozent und 1920 noch 67 Prozent, also nicht viel weniger.

Durch die starke Vermehrung der Notenausgabe konnte der Reinertrag der Nationalbank von 1913 bis 1920 von 3,4 Mill. auf 11,4 Mill. gesteigert, also fast vervierfacht werden. Der Ertrag der Wechsel aus der Schweiz (die Finanzwechsel des Bundes inbegriffen!) betrug 1913 2,8 Mill., 1919 aber 15,7 Mill. Franken!

Durch ihre Vorschüsse an den Bund kam die Nationalbank in den Kriegsjahren allerdings aus den

Schulden heraus. Der Bund dagegen betrieb Inflation, verteuerte sich und dem Schweizervolk alle Lebensbedürfnisse, hob den Zinsfuß und erschwerte die Schuldenlasten aller Gemeindewesen und der Privaten. (Bauerngüter!)

Die Kaufkraft des Frankens sank damals auf 44,6 % der Vorkriegskaufkraft, obschon die Golddeckung sich, prozentual gerechnet, kaum veränderte. Im Jahr 1948 stand die Kaufkraft des Geldes wieder bloß auf 44,6 % der Kaufkraft von 1914, trotzdem die Deckung gegenüber 1914 von 63 % auf 136 % gestiegen war!

Deckung und Kaufkraft des Geldes

Der Kaufkraftschwund war nicht etwa eine Folge der «Papiergeldwährung»: in den Vereinigten Staaten, wo man die Goldwährung von 1914 bis 1933 durchgehalten hat, war 1918—20 die Entwertung des Goldgeldes noch größer als die des schweizerischen Papiergeldes. (Daher galt eine uneinlösbare Schweizernote damals auf der ganzen Welt mehr als der gleiche Nennbetrag in Gold!)

Zwischen Deckung und Kaufkraft der Noten besteht daher kein direkter Zusammenhang. Goldgeld kann weniger kaufen als ungedecktes Papiergeld, wenn das Goldgeld in größerer Menge den Waren gegenübertritt als das Papiergeld. Und ferner «kommt es nicht darauf an, wieviel Gold hinter den Noten in den Kellern der Notenbanken liegt, sondern auf wieviel Waren sich wieviele Noten stürzen». (Bendixen, Direktor der Hamburger Hypothekenbank.)

«Eine starke Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufes, auch gegen volle Golddeckung, muß nachteilige Wirkungen auf die Preisgestaltung haben, die umso bedenklicher erscheinen, als Preissteigerungen, schon wenn sie ganz natürliche Gründe auf der Warenseite und in der Produktion haben, in weiten Kreisen der Bevölkerung erfahrungsgemäß als Inflationszeichen gedeutet werden. Das Deckungsverhält-

nis kann und darf daher der Reichsbank nicht als alleinige Richtschnur dienen, weil sie sonst die Wirtschaft auf dem Umweg über Preis- und Lohnsteigerungen zu falschen Rentabilitätsauffassungen und zu fehlerhaften Dispositionen in ihrer Investitions- und Geschäftsgebarung verleitet. Der Zahlungsmittelumlauf eines Landes muß in einem abgewogenen Verhältnis zu dem Umfang der wirtschaftlichen Betätigung gehalten werden. Er wird in Zeiten lebhafter wirtschaftlicher Umsätze größer sein können als in ruhigeren Zeiten ... Ein Prüfstein für die Höhe des Zahlungsmittelumlaufes ist die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus.» (Dr. Schacht, Präsident der Reichsbank, im Bericht der Reichsbank für 1927.)

In der Schweiz stieg die Deckung 1913 bis 1916 von 71 auf 76% — in der gleichen Zeit sank die Kaufkraft des Frankens von 100 auf 76! Von 1913 bis 1921 stieg die Deckung von 71 auf 72% — in der gleichen Zeit sank die Kaufkraft von 100 auf genau 50. Von 1921 bis 1928 sank die Deckung von 72 auf 62 — in der gleichen Zeit stieg die Kaufkraft des Frankens von 50 auf 62, also um volle 24%, obschon die Deckung um 14% gesunken war.

Zwischen Notendeckung und Kaufkraft besteht also kein Zusammenhang, dagegen besteht ein Zusammenhang zwischen Geldumlauf (nicht Geldmenge!) und Preisen, weil umlaufendes Geld gleichzusetzen ist der Nachfrage nach Waren, und die Nachfrage in ihrem Verhältnis zum Warenangebot bekanntlich die Preise bestimmt.

Auch für den Kurs eines Geldes gegenüber dem Ausland spielt die Golddeckung keine Rolle, wie wir noch sehen werden.

Die Kaufkraft des Geldes







Die sogenannte «Quantitätstheorie des Geldes».

Wie bringt die Nationalbank Noten in den Verkehr und wie zieht sie Noten zurück?

Am 23. Juli 1914 hatte die Nationalbank 270 Mill. Franken in Noten ausgegeben, am 30. Juli waren schon 410 Mill. im Verkehr, am 31. Dezember 1919 waren es 1036 Mill. und am 23. August 1921 noch 725 Mill. Wie bringt die Nationalbank große Beträge in den Verkehr, und wie zieht sie sie aus dem Verkehr wieder zurück?

Die Nationalbank bringt Noten in den Verkehr und zieht sie wieder aus dem Verkehr zurück:

1. Durch Ankauf oder Verkauf von Goldbarren und Goldmünzen (auch ausländische Goldmünzen), sowie durch deren Belehnung. (Diese Goldvorräte müssen mindestens 40% des Notenstandes ausmachen.)

2. Durch die Annahme (Diskontierung) von Wechseln und Checks auf die Schweiz. Solche Wechsel müssen «mindestens zwei als zahlungsfähig bekannte und voneinander unabhängige Unterschriften» tragen.

Die Verfallzeit der Wechsel darf drei Monate nicht überschreiten. Nach drei Monaten müssen die so weggebenen Beträge wieder bei der Nationalbank eingehen, die ausgegebenen Noten kommen auf diese Weise binnen drei Monaten wieder zurück und können wieder zur Annahme von neuen Wechseln verwendet werden.

3. Wechsel, Checks, Sichtguthaben und staatliche Finanzwechsel auf das Ausland können angekauft oder verkauft werden. Ersteres bedingt Notenausgabe, letzteres Notenrückgang.

Diese drei Geschäftsgebiete werden als «Diskontgeschäft» bezeichnet. Der dabei berechnete Zinsfuß wird als «Diskont» bezeichnet und seine Höhe als «Diskontsatz».

Die Einnahmen aus den Diskontgeschäften betrugen im Jahresdurchschnitt bei dem Inlandgeschäft

SNB Bankier des Bundes [Bern]
Giroverkehr.

zwischen 15 790 000 Franken (1919!) und 313 000 Franken (1933!).

4. Eine weitere Möglichkeit bietet das Devisengeschäft. (Devisen sind Wechsel und Checks, die in ausländischen Währungen ausgestellt sind.) Auch hier dürfen die Wechsel nicht länger als auf drei Monate lauten und müssen den gleichen Anforderungen entsprechen wie die inländischen. (Heute ist das Devisengeschäft wegen des häufigen Fallens der ausländischen Währungen sehr gefährlich: siehe die Bemerkung von Generaldirektor Bachmann unter 6!)

5. Der Lombardverkehr, d. h. «die Gewährung von verzinslichen Darlehen gegen Hinterlegung von Schuldverschreibungen». In der Regel werden die Obligationen von Bund, Bundesbahn, Kantonen und Städten belehnt, nicht belehnt dagegen werden Aktien. Der Zinsfuß für diese Darlehen heißt Lombardsatz. Auch Edelmetalle in Barren und Münzen können belehnt werden.

In Aussicht genommen wurde

6. Die sog. open-market policy, d. h. der Ankauf und der Verkauf von staatlichen Obligationen auf dem sog. «offenen Markt», d. h. auf den Börsen, auf den Banken usw.

In seinem Bericht über das Geschäftsjahr 1934 der Schweiz. Nationalbank sagte Generaldirektor Bachmann darüber:

«Ein Kreditgeschäft, wie es der Notenbank auf Grund des geltenden Bankgesetzes ermöglicht ist, nämlich lediglich Begehren um Wechseldiskontierung oder Wertschriftenbevorschussung an sich herantreten zu lassen, genügt den heutigen Anforderungen nicht. Eine stärkere Einwirkung auf die Zinsfußgestaltung und den Geldmarkt überhaupt war der Notenbank trotz des nun seit über vier Jahren angewandten niedrigen Diskontsatzes von 2% versagt. Die Unsicherheit einer Großzahl von Währungen verbietet, wie schon angedeutet, ein Devisengeschäft. Eine Erwerbung zinstragender Schuldver-

schreibungen des Bundes und der Kantone ist nur zum Zwecke vorübergehender Anlage von Geldern gestattet. Gleich andern Notenbanken soll der Nationalbank durch eine Gesetzesrevision das Recht eingeräumt werden, mit Wertschriften, Schatzscheinen, Schuldverschreibungen, ein An- und Verkaufsgeschäft betreiben zu können, wie dies — heute theoretisch — bereits mit Devisen der Fall ist.»

Damit könnte die Nationalbank die Ausgabe und den Einzug von Noten weit rascher durchführen als heute. Um den Bezug der Noten zu erleichtern, mußten sie bisher den Diskont und den Lombardsatz herabsetzen. Aber das hatte selten die erwartete Wirkung. Oder sie mußte diese Zinssätze erhöhen, um die Noten zum Zurückfließen zu veranlassen, aber auch das wirkte langsam. Mit dem Ankauf und dem Verkauf der von Generaldirektor Bachmann genannten Wertpapieren dagegen kann sie, ohne Diskont und Lombardsatz zu verändern, sehr viel Noten in den Verkehr bringen oder auch aus dem Verkehr zurückziehen.

Diese Erweiterung des Tätigkeitsbereiches der Nationalbank war durch eine Revision des Gesetzes im Sommer 1935 geplant, wurde dann aber wieder verschoben.

Mit der Ausgabe der Noten in den Verkehr ist deren Umlauf nicht gesichert. «Wir können wohl die Noten in den Verkehr bringen, ob sie aber dann umlaufen, ist eine Frage für sich. Wir können sie nicht zum Umlaufen zwingen», sagte Generaldirektor Bachmann in einem Vortrag vor der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons Bern. Da die Hamsterung der Noten aber eine Lahmlegung der Wirtschaft bedeutet («würde alles Geld gehamstert, so stände das Wirtschaftsleben beinahe still» — Dr. H. Tschumi, Mitglied des Bankrates der Nationalbank), schlagen die Freiwirtschafter eine Reihe von Maßnahmen vor, die alle das Geld zum Umlaufen zwingen würden.

Geld und Zins

Alles was in der Geldwirtschaft entsteht, muß gewissermaßen durch das Geld «hindurchgehen». Jedes neue Unternehmen wird in Geld vorberechnet



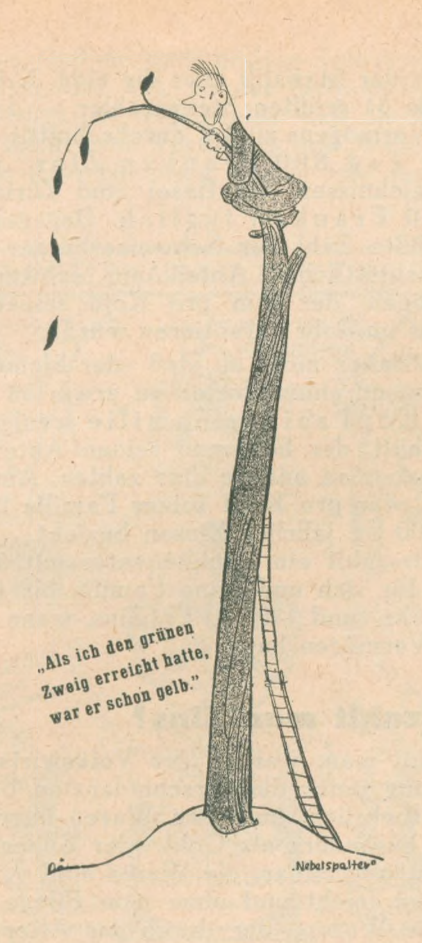
Der Herr der Welt.

und muß mit Geld bezahlt werden. Geld dafür aber bekommt man heute nur gegen Zins und gibt es in der Regel nur her, wenn der Zins dafür herausgewirtschaftet werden kann. So wird der Zins die Voraussetzung für jedes Unternehmen, und so muß auch jedes Unternehmen für sein gesamtes Anlagekapital

den Zins abwerfen. («Wieviel Prozent rentiert es?») Was nicht rentiert (d. h. was nicht den üblichen Zins abwirft), kann nicht «finanziert» werden, d. h. es ist nicht möglich, Geld dafür herbeizuschaffen. Dadurch wird alles zinstragend, was entsteht und was vorhanden ist. Das ganze sog. «Volksvermögen» muß verzinst werden und wird dadurch zur Volks-Schuld, die das ganze Volk verzinsen muß. Selbst der Staat, der doch das Geldmonopol besitzt, das Geld in einigen Ländern durch Staatsbanken selber herausgibt oder es durch Aktiengesellschaften herausgeben läßt, muß für das von ihm selbst geschaffene Geld Zins bezahlen. Dadurch werden auch alle verstaatlichten Betriebe denen zinspflichtig, die Geld dafür geliehen haben. Und das sind leider immer die Reicheren, während die Aermeren den Zins zahlen müssen.

Zins, Dividende und Sparkassenzins

Weil der Zins an das ganze Nationalvermögen bezahlt werden muß ist der Zinsbetrag weit größer als der Betrag der Dividenden, die von den Betrieben an die Aktionäre verteilt werden. Zum Nationalvermögen gehört z. B. der gesamte Boden mit seinen Schätzen, die Kraftwerke, die Straßen, Eisenbahnen, Kanäle und Hafenanlagen, aber auch alle Fabriken, Werkstätten, Maschinen, Läden usw. Das reine Kapitaleinkommen wird für das Jahr 1947 im Statistischen Jahrbuch der Schweiz auf 3265 Millionen Franken errechnet. Die Dividenden, die in diesem Betrage naturgemäß inbegriffen sind, wurden für 1946 auf 300,5 Millionen berechnet. Die Hypothekarschulden betrugen 1947 21 Milliarden, die Verzinsung der I. Hypotheken im Mittel 3,5%, was also mindestens 750 Millionen Franken Hypothekarzins ausmachen würde. Die Bundesschulden betrugen Ende 1948 noch 7500 Millionen. Die Bundesbahnschulden beliefen sich Ende 1946 auf 3106 Millionen, die der Kantone auf 1582 und die der Gemeinden auf 829 Millionen Franken.



Die Zinsen auf den Spargeldern von 7708 Millionen Franken betrugen 1947 bloß 185 Millionen, im Durchschnitt 2,4%. Das sind nicht einmal 6% des ganzen schweizerischen Zinseinkommens!

Auf den Kopf der Bevölkerung wird heute also etwa 800 Fr. Zins jährlich bezahlt, für eine fünfköpfige Familie 4000 Fr. jährlich. Die allerwenigsten erhalten aber soviel Zins; die Verteilung ist sehr un-

gleich: nach der Statistik über die eidg. Kriegssteuer beziehen die 61 größten Steuerzahler — die Verzinsung ihres Vermögens zu 4% durchschnittlich gerechnet — im Tag 800 Franken Zins; nach den Steuerverzeichnissen von Basel und Zürich einige über 3000 Franken täglich. Dagegen hat die weitaus größte Zahl der Schweizerbürger nicht jenen durchschnittlichen Anteil am schweizerischen Volksvermögen, der ihm pro Kopf seiner Familie 800 Fr. Zins im Jahr garantieren würde.

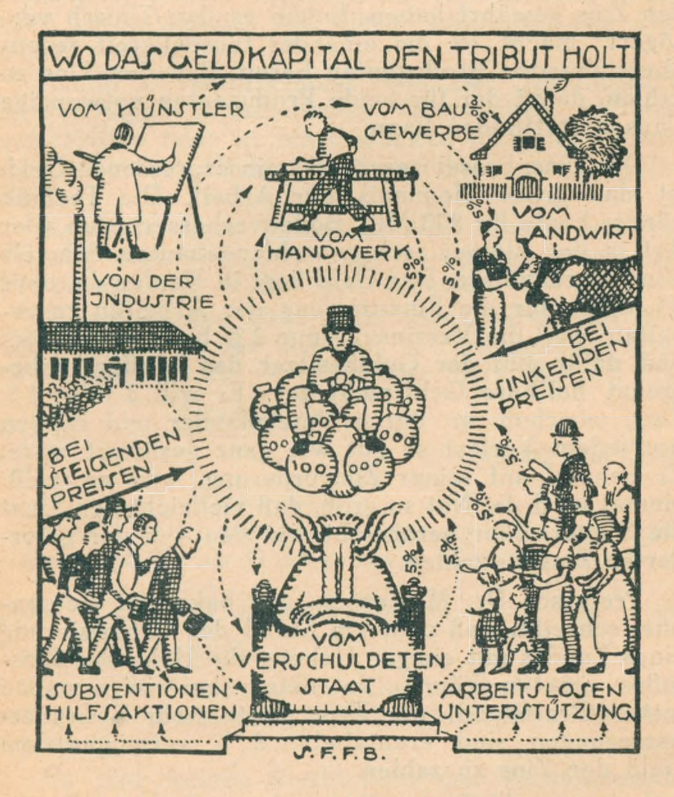
Es trifft daher nicht zu, daß «der kleine Sparer» vom Zins irgend einen Vorteil zu erwarten hat. Wer nicht pro Kopf seiner Familie wenigstens 800 Fr. Zins erhält, der bekommt seinen Anteil nicht, muß dafür aber an andere Zins zahlen. Am Zins gewinnt bloß, wer pro Kopf seiner Familie bedeutend mehr als 800 Fr. jährlich Zinsen bezieht.

Hingegen zahlt ein Familienvater mit 3 Kindern an Zinsen für sich und seine Familie bis zu seinem 50. Lebensjahr rund 170 000 Fr. Zins, wenn er wenig oder kein Vermögen hat.

Warum zahlt man Zins?

Zins zahlt man, weil in der Volkswirtschaft mit Arbeitsteilung unter die verschiedensten Berufe das Geld unentbehrlich und den Waren überlegen ist. Das Geld, besonders als Gold oder Silber, ist chemisch fast unangreifbar, die Waren sind vergänglich. Das Geld ist leicht und ohne jede Pflege aufzubewahren, die Waren, die durch das Alter an Wert gewinnen, bedürfen oft recht sorgfältiger Pflege. Das Geld ist ein allgemeines Tauschmittel, die Waren — auch Diamanten und Edelsteine — haben einen beschränkten Abnehmerkreis. Das Geld ist das staatlich anerkannte und vor Nachahmungen geschützte Monopoltauschmittel, die Waren sind samt und sonders der Konkurrenz unterworfen. Das Geld kann abwechslungsweise als Hamstergut und dann sofort wieder als Tauschmittel verwendet werden, die Ware kann wohl zurückgehalten werden, doch ist es nie

ganz sicher, daß sie nach einiger Zeit noch abgesetzt werden kann. Im Art. 25 des Nationalbankgesetzes wird ausdrücklich festgestellt, daß die Noten noch 20 Jahre nach ihrer Verrufung und Außerkurserklärung ohne irgendwelchen Abzug von der National-



Alles ist zinspflichtig — auch der Staat, der das Geld selber macht!

bank gegen neue Noten eingetauscht werden müssen: man versuche dasselbe mit den Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens und man wird erken-

nen, daß die Tauschware Geld tatsächlich der König unter den Waren ist. Damit wird das Geld aber auch zum Herrn der Welt. Denn es läßt sich nicht herbei, als Kaufmannskapital den Tausch zwischen den verschiedenen Waren zu ermöglichen, ohne daß Konsument wie Produzent dem Tauschmittelvermittler den Zins gewährt haben. Indem es den Tausch verzögert, macht es die einander tauschbereit gegenüberstehenden Produzenten bereit, ihm den Zins zu zahlen, damit der für beide Produzenten notwendige Tausch stattfinden kann.

Der Zins, besser gesagt das zinserpressende Geld, ist das große Hemmnis der Arbeit. Die Technik könnte heute für 870 Mill. Bodenverbesserungen aller Art in der kleinen, schon wohlangebauten Schweiz allein durchführen. Das Geld liegt in Haufen da, aber ist nicht für die Finanzierung der Arbeiten zu erhalten, weil die Verzinsung nur 2% betragen würde: **und dafür gibt der Geldbesitzer das heutige, unbegrenzt haltbare Geld nicht her.** Er will 3 oder 4% Zins, obschon er durch Unterpfänder und Bürgen vor jedem Verlust so gut wie ganz gesichert wäre. Er beharrt auf seiner Zinsforderung, weil er weiß: einmal wird die Not so groß, daß vielleicht der Staat die Steuerzahler heranzieht, um den von mir geforderten Zins zu zahlen.

Professor Dr. Mortensen, der bekannte Geographe, schreibt, daß man am Stand der Urbarisierung eines Landes mit einiger Uebung die Höhe des Zinsfußes erraten könne. Je tiefer (bei einigermaßen festem Preisstand) der Zins, desto mehr Bodenverbesserungen sind «rentabel», d. h. vermögen dem Geld den Zins zu zahlen.

Was ist Kredit und wie wirkt er?

Darauf gibt Handelslehrer G. Thomet die beste Antwort, wenn er schreibt:

Kredit, vom lateinischen creditum, heißt «das Geglaubte», «das Anvertraute».

Ein Kreditgeschäft liegt vor, wenn Leistung und Gegenleistung zeitlich nicht zusammenfallen.

Kredit ist versprochene Gegenleistung. In den meisten Fällen ist die versprochene Gegenleistung Geld. Das trifft auch zu für Darlehen. Nur bei Vorauszahlung ist die versprochene Gegenleistung Ware oder Dienstleistung. Mit dieser Einschränkung darf gesagt werden:

Kredit ist versprochenes Geld. Der Geldanspruch ist vertraglich in mündlichen Versprechen, in Buchgutschriften oder in Schriftstücken (Scheck, Anweisung, Wechsel, Obligation, Schuldbrief etc.) begründet.

Kredit ist übertragbar. Er wird übertragen: zur Tilgung einer Verpflichtung, zu Sparzwecken, zur Erwerbung von Waren und Diensten.

Versprochenes Geld wird somit verwendet wie Geld. Während das Geld als solches umläuft, läuft es auch noch als versprochenes Geld (Kredit) um.

Kreditumlauf

Kredit ——————————— Erfüllung mit Geld
Geld ———————————

Geldumlauf

Kredit wirkt wie eine Steigerung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. Diese Wirkung des Kredites ist in der Preisstandformel $P = \frac{G \times U}{W}$ im Faktor U inbegriffen.

(P = Preisstand, G = Geldbestand oder Geldmenge, U = Umlaufsgeschwindigkeit, W = Warenangebot.)

Es gibt keinen Kredit ohne das Vorhandensein von Bargeld. Von «bargeldlosem Zahlungsverkehr» zu sprechen ist falsch. Der Kreditverkehr ist bargeldgedeckter Zahlungsverkehr. (Der Scheck z. B. entspricht einer handgeschriebenen, kurzfristigen Banknote, deren «Deckung» Bargeld ist.)

Das ganze Kreditgebäude ruht auf der Bargeldunterlage. Das Gebäude steht und fällt mit dem

Fundament. Bei Verminderung der Geldmenge (Notenrückzug oder Hamsterung) und Herabsetzung der Umlaufsgeschwindigkeit (Lohn- und Preisabbau) tritt sofort auch die Schrumpfung des Verkehrs mit (kurzfristigem) Kredit ein. Es ist nie so, daß bei verlangsamtem Bargeldumlauf der Kreditumlauf entsprechend größer würde, sondern Geld- und Kreditumlauf ändern ihre Umlaufsgeschwindigkeit stets gleichzeitig und im gleichen Sinne. Daraus geht aber hervor, daß die Stetigkeit des Bargeldumlaufes auch die Stetigkeit des Kreditumlaufes bedingt. Die Stetigkeit beider oder die Konstanz des Faktors U ermöglicht die Stabilisierung des Preisstandes. Diese Stetigkeit kann nur erreicht werden durch den Umlaufszwang auf dem Bargeld.

Das Freigeld

Um das Geld aus seiner Sonderstellung herauszuholen, um es den Waren, deren Tausch es vermitteln soll anzugleichen, um es in stetem Umlauf zu erhalten und dadurch den Kredit ebenfalls stets verhandlungsbereit und willfährig zur Arbeit zu machen, schlug Gesell in klarer Erkenntnis des Grundfehlers unserer heutigen Geldform das Freigeld vor. Ein Vorschlag — die Tausendernote — findet sich auf der 4. Umschlagseite dieser Schrift. Der Angebotszwang der Ware fehlt dem heutigen Gelde — also muß er ihm eingebaut werden, damit es seinen Dienst willig tut. Die Tauschgerechtigkeit, von der besonders die katholische Volkswirtschaftslehre und -ethik schreibt, verlangt das Freigeld als Voraussetzung dieser Gerechtigkeit. Wie die Ware vergeht, so soll auch das Geld vergänglich sein. Die Tauschgerechtigkeit erfordert auch die Ausschaltung des Zinses aus dem Wirtschaftsleben: «Auf Zins ausleihen ist Sünde» (Thomas von Aquin). Sie erfordert endlich den festen Preisstand, damit das geliehene Geld nicht durch Inflation entwertet oder durch eine Deflation im Wert gesteigert wird. Das Freigeld hemmt die Arbeit nicht mehr, wie es das

stetig streikende heutige Geld tut und ermöglicht damit die völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Diese ist die unvermeidliche Folge des ungenügenden Geldumlaufs und kann nur restlos durch den Umlaufszwang des Geldes beseitigt werden. Wenn aber alle ungehemmt arbeiten, dann ist auch der Wohlstand für alle möglich geworden, der unter dem streikenden, hamsterfähigen und zinserpressenden heutigen Gelde nie möglich ist, weil das Geld streikt, sobald der Zins tief sinkt, und weil der Zins viele Arbeiten verhindert.

Das Arbeitsgeld

Unter dem sog. Arbeitsgeld versteht man ein Geld, das für die Arbeits*zeit* und nicht für die Arbeits*leistung* ausbezahlt wird. Wer heute einen Menschen oder eine Maschine beschäftigt, kauft dabei unbewußterweise sein Arbeitsprodukt, seine *Leistung*. Welche *Zeit* er dazu verwendet, ist beim Akkordlohn und bei Arbeiten, die auf Bestellung geliefert werden (z. B. Heimarbeit) dem Besteller ganz gleichgültig, hingegen ist dies für den Arbeitenden nicht gleichgültig; der nach heutigen Grundsätzen ausbezahlte Lohn für die *Leistung* statt für die *abgelaufene Arbeitszeit* ist bei der Natur des *Durchschnittsmenschen* die Voraussetzung für fleißiges und vor allem überlegtes und kluges Arbeiten — für den Fortschritt in der Volkswirtschaft.

Das Geld nach Durchschnittsarbeitsstunden auszahlen heißt einem unnatürlichen, dem Menschen gar nicht förderlichen, sondern den klugen und überlegenden Arbeiter *bedrückenden, ausbeutenden* Zustand herbeiführen. Die Auszahlung des Lohnes nach Stunden und nicht nach Leistungen macht *alle* Menschen zu Beamten, und gute Beamte müssen mehr als durchschnittlich *verantwortungsbewußt* sein, um nicht zu erlahmen angesichts der weniger Tüchtigen und der bewußt Trä-

gen in ihrem Betrieb. Daher auch die Prämien bei uns, die Stachanow- und die Hennecke- und schließlich die Akkordarbeit in Rußland.

Die verschiedene Leistungsfähigkeit und die verschiedene Vorbildung für gewisse Stellen führt dann zu verschiedener Bewertung der Arbeitsstunden verschiedener Leute. In der freien Wirtschaft mit freier Bedarfsdeckung werden Preisfragen täglich zu Millionen gelöst. Macht man sie zu Staatsangelegenheiten, so kann der Milchpreis für den Bauern, der früher im April für den Sommer festgestellt wurde, unter vielen Kosten endlich im Juni bestimmt werden.

Was kostet eine Stunde Kirschenpflücken im schönen Sonnenschein im Vergleich zu einer Stunde Kohlengraben im Dunkel des Bergwerks? Hat die Staatsmaschine diese Frage anscheinend richtig gelöst, so macht das Wetter einen Strich durch die ganze Rechnung: heute lösen Bauern, Hausfrauen und Kohlenhändler mit Hilfe des heutigen Leistungsgeldes diese und tausend andere Lohnfragen unvermerkt und spielend nach dem Gesetz von Nachfrage und Angebot. Unter dem System des Arbeitsgeldes würde der diese Fragen entscheidende Staatsapparat zusammen mit der Bedrückung und Ausbeutung des überdurchschnittlichen Arbeiters durch die große Masse der Durchschnittsarbeiter die Arbeitsleistung des Volkes herabsetzen, so daß ein solches Volk nicht einmal leisten würde, was ein Staat mit dem heutigen, so überaus unvollkommenen Gelde leistet.

Einleuchtend am Arbeitsgeld wäre, wenn es nur für Arbeitseinkommen bezahlt würde, wie es sein Name sagt. Da es aber ebenso wenig zinslos ausgeliehen wird wie das heutige Geld, so bleibt auch die Arbeitsgeld-Wirtschaft eine Zinswirtschaft (was übrigens auch der Sozialist Friedrich Engels bereits vor 70 Jahren voraussah). Anstelle des Privatkapitalismus tritt der Staatskapitalismus, d. h. der Staat nimmt die Anleihen auf, garantiert

und zahlt den Zins dafür und die Ausbeutung bleibt dieselbe.

Ein wahres Arbeitsgeld ist jenes Geld, das auch ohne Zins noch ausgeliehen wird und das damit eine zinsfreie Wirtschaft ermöglicht, wie das beim Freigeld der Fall ist.

Der Handelsverkehr über die Grenze

Der Handelsverkehr über die Grenze ist letzten Endes Warenaustausch. Wir kauften und kaufen heute noch das Metall, das wir für die Herstellung unserer Münzen, einschließlich der Goldmünzen, brauchen, mit Käse, Vieh usw. Nur das Papiergeld können wir im Lande selbst herstellen.

Es ist daher ganz verkehrt zu fragen, wie man denn mit dem Ausland verkehren wolle, wenn man «kein Gold» habe und wenn die Goldzahlung abgeschafft sei, denn beim Beginn des Handels über die Grenze hatten wir ja auch kein Gold und wenn wir Gold und Silber als Tauschmittel statt Papiergeld brauchen wollen, dann müssen wir um so mehr Waren ausführen, um diese Metalle zu erhalten. Unser Gold und unser Silber stammt alles aus dem Ausland, und wir haben es gegen unsere Exportwaren und Arbeitsleistungen (Fremdenverkehr, früher Reislaufen!) aus dem Ausland eingetauscht.

Der Dollarmangel und Devisenmangel vieler Länder und unser Dollarüberschuß erklärt sich daraus, daß wir den Amerikanern mehr lieferten als sie uns sandten, daß aber andere Länder infolge der Zerstörungen der Fabriken und Maschinen das nicht tun konnten, sondern im Gegenteil weit mehr aus Amerika bezogen als sie senden konnten.

Wenn ein Ausfuhrhändler in Bern Waren nach London schickt, so geht eine Rechnung für seine Lieferung mit. Und wenn ein Londoner Kaufmann nach Bern liefert, so sendet er seinerseits eine Rechnung mit.

Der Berner Kaufmann geht zu einer Bank, kauft sich einen Scheck, d. h. eine Anweisung auf eine Londoner Bank und schickt sie dem Londoner Kaufmann; dieser löst den Scheck bei der Bank gegen Geld ein. Und das Umgekehrte macht der Londoner Kaufmann. Man kann das Geschäft auch über den Postscheck leiten, was noch einfacher ist. Geld geht dabei nicht über die Grenze, weil die Banken hüben und drüben im Verrechnungsverkehr stehen. Wird die Bank in Bern gegenüber der Bank in London verschuldet, so wird sie einen Scheck auf sich selbst ausstellen und an die Londoner Bank schicken, die ihn in London an eine Bank weiterverkauft, welche Zahlungen in der Schweiz zu machen hat — sofern sie nicht schon vorher selbst die Berner Bank zu Zahlungen in der Schweiz auf Kosten der Londoner Bank veranlaßt hat.

Hat aber die Schweiz mehr von England bezogen als England von der Schweiz, dann verkauft England seine Guthaben — seine Schweizer Schecks — an Banken anderer Staaten, die in der Schweiz Schulden zu zahlen haben.

Hat schließlich ein Land dauernd größere Bezüge aus dem Ausland als es selbst Waren ins Ausland senden kann, dann ist das Angebot seines Geldes größer als die Nachfrage nach seinem Gelde und der **Kurs oder Preis seines Geldes** sinkt — weil das Angebot die Nachfrage übersteigt.

Das erschwert die Nachfrage nach Waren aus dem Auslande und der tiefe Kurs, der billige Preis des eigenen Geldes erleichtert die e i g e n e Ausfuhr und bringt damit Ausfuhr und Einfuhr wieder ins Gleichgewicht.

Man sagt oft, das Gold sei notwendig zum Ausgleich der sich aus der Verrechnung ergebenden Differenzen. Das ist falsch. Das Gold könnte diese Differenzen nur dann ausgleichen, wenn es der Staat mit dem Fehlbetrag an Ausfuhr selbst erzeugen könnte; nur so könnte er die Differenz decken. Sagt man, er könne diese eben aus Reserven nehmen, so

muß man sich fragen, woher er diese Reserven denn hat?! Er hat sie aus der frühern Warenausfuhr. War-

Die Valuta eines Landes

steigt, wenn die Kaufkraft seines Geldes im Vergleich zu anderen Ländern steigt.



Mit dem Dollar kauft man viel, darum kostet er auch viel.

fällt, wenn die Kaufkraft seines Geldes im Vergleich zu ander. Länd. geringer wird.



Mit der Mark kauft man wenig, darum kostet sie auch wenig.

steht fest, wenn die Kaufkraft seines Geldes verhältnismässig gleich bleibt mit derjenigen anderer Länder.



Das war der Fall vor dem Kriege.

Ein Bild aus den Jahren der «großen Inflation» 1923.

um kann er jetzt nicht Warenausfuhr haben? — Er wird sofort Waren ausführen können, sobald er

den Wechselkurs senkt. Dazu braucht er aber kein Gold.

Das Gold ist für den internationalen Handel überflüssig. Die Goldwährung vollends ist für den Freihandel überhaupt vernichtend, weil sie *Krisen* erzeugt, die zu den Zollmaßnahmen führen, die seit 1874, seit der allgemeinen Einführung der Goldwährung, dem Freihandel ein Ende gemacht haben.

Der Kapitalexport

Wenn ein Staat einem anderen Staat «ein Anleihen gewährt», wenn ein Staat also «Kapital exportiert», dann schafft er sich damit *ein Guthaben* im anderen Staat.

Dieses Guthaben muß ihm der andere Staat einmal zurückgeben.

Das Guthaben im Ausland kann letzten Endes *nur durch Warenausfuhr* geschaffen werden. Es kann auch nur Wareneinfuhr wieder bezahlt werden. Daher würden sich die Posten stets wieder ausgleichen, gleich gegen gleich, wenn *nur das Kapital* hin und her ginge.

Mit dem Kapital ist jedoch unter dem heutigen Geldsystem der *Zins* verbunden. Indem mit der Schuld im Ausland auch die Zinszahlung dahin verbunden ist, kommt damit eine Einseitigkeit in den internationalen Warenaustausch, der sich für alle Teile schädlich auswirkt. Der *Gläubigerstaat* bezieht Waren aus dem Schuldnerstaat, für die er im Austausch nichts gibt: er macht damit seine eigenen Betriebe arbeitslos. Daher gehen reiche Staaten moralisch zurück und beginnen auszusterben: Rom um 150 n. Chr., Spanien um 1600, Frankreich um 1871 und nach 1919. Anderseits leiden die verschuldeten Staaten unter dem hohen Zinsfuß und kommen nicht vorwärts, weil ein hoher Zinsfuß die Arbeit hemmt: Oesterreich 1919—37!

An sich wäre der Kapitalexport so wenig etwas Schlimmes wie das Kaufen von Waren außerhalb der Landesgrenzen, das ja wieder zur Folge hat, daß wir gegen das im Ausland Erworbene auch wieder etwas ins Ausland liefern können. Hingegen bringt der Zins in diesen natürlichen Vorgang der gegenseitigen Hilfe die Ungerechtigkeit der Ausbeutung und damit Unharmonie, Streit, Hader und schließlich Krieg hinein.

Als wir z. B. Oesterreich Geld zu 7% liehen (1924) wurde damit Oesterreich gezwungen, uns viel Waren zu liefern. Damit es das konnte, mußte es billig liefern: die Aufenthalte in den österreichischen Fremdenorten wurden billig, die Warenpreise gedrückt. Damit zog Oesterreich Fremde an und hob seine Ausfuhr. Es konnte uns seine Zinsen zahlen — aber die Engländer fuhren nach Oesterreich und nicht in die «teure Schweiz», die Schnitzereien wurden dort gekauft und nicht bei uns — bis der Zins für das Schweizer Kapital beisammen war!

Wie wird eine Auslandsanleihe abgewickelt?

Nehmen wir an, «die Schweiz» gebe «an Frankreich» eine Anleihe, so sind folgende Möglichkeiten denkbar. Frankreich liefert der Schweiz mehr Waren als die Schweiz an Frankreich.

Die Schweizer haben ihre Zahlungen (durch Scheck und Wechsel) an die Franzosen gemacht, die aber ihre dadurch entstandenen Guthaben in der Schweiz nicht eingelöst und nicht in ihr Land hinübergenommen haben. Wird nun die Anleihe in der Schweiz ausgeschrieben, so lassen die französischen Banken durch ihre Schuldner-Banken in der Schweiz französische Anleihen zeichnen, die sie nachher herübersenden lassen: es wird also Warenausfuhr aus Frankreich in die Schweiz bezahlt und der Erlös dem französischen Staat geliehen. Die Franzosen

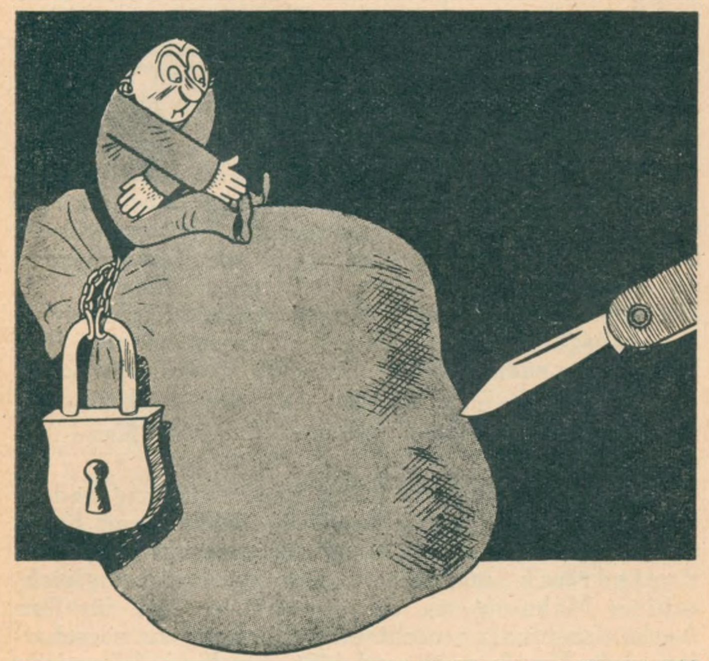
haben Frankreich die Anleihe gezeichnet und gemacht, nicht die Schweizer.

Die Schweiz gab seit 1919 an Deutschland Darlehen zum Wiederaufbau. Die Deutschen sandten dafür Obligationen, d. h. Schuldscheine ihres Staates mit jährlichen Zinscoupons. Die Schweizer lieferten ihr Geld dafür an die Banken ab, diese tauschten es gegen deutsches Geld (oder Guthaben) aus und erhielten für diese Arbeit ihre Kommissionsgebühr. Die Deutschen rüsteten mit den Vorschüssen auf, und da das keine Waren für das Ausland gibt, so kann man damit weder zurückzahlen noch zinsen; die deutschen Darlehen wurden damit «notleidend». Hinzu kam die Deflation in der Schweiz, die kaum für die eigene Produktion genügend Geld in Umlauf brachte, geschweige noch zum Ankauf fremder Waren; so konnten die Deutschen nicht zahlen, selbst wenn sie gewollt hätten. Weil sie ihre eingeführten Rohstoffe zu Siegfriedlinien, Autostraßen und Festhallen statt zu Ausfuhrwaren verarbeiteten, konnten sie wenig ausführen, hatten daher wenig fremde Zahlungsmittel (Devisen) und blieben dem Ausland um so mehr alles schuldig, als die Zinsen auch noch bezahlt werden sollten und überdies die Deflation die Kaufkraft dieser Schulden um 25% hob, die Verzinsung und Abzahlung also um diesen Prozentsatz erhöhte. Und auf der andern Seite waren die Kauf- und Verbrauchsmöglichkeiten durch die Krise im Ausland auch noch herabgesetzt; so half alles einander, um die Zahlung der internationalen Schulden zu erschweren, ja zu verhindern. Ohne Deflation und Zins wäre die Regelung der Schulden reibungslos erfolgt.

Die Kapitalflucht

«Ist mein Kapital in diesem Lande sicher?» fragt sich der reiche Mann. Steuern, Krieg, Rassenverfolgungen können ihn veranlassen, sein Kapital in ein anderes Land zu flüchten.

Kapital heißt Zinstragendes: also Guthaben in Banken oder bei Privaten, Forderungen gegenüber Haus- oder Grundbesitzern (Hypotheken), Aktien, Obligationen, Häuser, Fabriken usw.



(«Nebelspalter», Rorschach)

Der Geldhamsterer.

Wenn er's mit Güeti nid will gäh,
So mueß me dänk es Mässer näh!

Die Guthaben läßt er durch die Banken an ausländische Banken überweisen, Hypotheken verkauft oder kündet er, desgleichen verkauft er Aktien, Obligationen, Häuser, Fabriken, Werkstätten und Maschinen und «macht alles zu Geld». Dieses Geld läßt er durch die Bank umtauschen gegen ausländisches

Geld, das er an seinen ausländischen Vertrauensmann überweisen läßt. Die Bank bringt also ein großes Angebot inländischer Zahlungsmittel auf den Markt und hält große Nachfrage nach dem ausländischen Zahlungsmittel. Das drückt auf den inländischen Kurs und hebt den ausländischen. Sobald die Notenbank darauf ausgeht, den Wechselkurs festzuhalten, dann wird sie eingreifen, alle tief angebotenen Zahlungsverpflichtungen im Ausland übernehmen und sie aus ihren Goldbeständen zahlen.

Eine starke Kapitalflucht führt daher, wenn man den Wechselkurs unbedingt festhalten will, zu Goldausfuhr. Diese wiederum kann, wenn sie stark wird, zu einer Verkleinerung der Notenausgabe führen, weil die Deckung fehlt. Die im Verhältnis zum Warenangebot verkleinerte Notenausgabe aber bedeutet Verminderung der Nachfrage nach Waren, Preisfall und damit Krise.

So fürchtet man, unter der Goldwährung, die Kapitalflucht, weil sie letzten Endes Krise bedeutet.

Unter einer gutgeregelten Papierwährung bedeutet eine starke Kapitalflucht ebenfalls einen Kursdruck. Statt sich ihm entgegenzustemmen und einen Preisdruck auszulösen, gibt man, unter gleichzeitiger Mahnung an die Importeure, sich für ihre Auslandszahlungen rechtzeitig Deckung zu verschaffen, dem Druck nach und läßt den Kurs fallen. So erleichtert man die Ausfuhr und erschwert die Einfuhr: durch beides wird die Kapitalverschiebung wieder ausgeglichen und der Kurs kehrt wieder ins frühere Gleichgewicht zurück, ohne daß eine Krise ausbricht. Im Gegenteil: der tiefe Kurs erhöht die Ausfuhr und die Verteuerung der Einfuhr fördert das Inlandsgeschäft noch einmal mehr.

Die Abwertung

Die Staaten haben seinerzeit — fast alle zwischen 1871—74 — ein bestimmtes Gewicht Gold als

Einheit ihres Tauschmittels genommen. Das schien klug, war es aber nicht, denn die Goldgewinnung stieg z. B. von 1848 bis 1850 von 20 000 q auf 201 000 q, während sie von 1860 bis 1885 von 201 000 q auf 155 000 q herunterfiel! Natürlich schwankte damit auch die *Kaufkraft des Goldes* gegenüber den anderen Waren: sie stieg z. B. von 1873 bis 1885 von 100 auf 171 und sank wiederum von 1885 bis 1920 von 171 auf 35 herab! *Keine einzige Ware zeigt gegenüber den anderen Waren solche Wertschwankungen* und vor allem ist Gold die *einzige* Ware, die *im Kriege an Wert verliert*: es ist eben eine der wenigen, die man in der Not *ganz* entbehren kann.

Die internationale Hochfinanz ist jedoch am Golde, das ihr die Kapitalflucht erleichtert, das ihr (gewinnbringende!) Preisschwankungen hervorzurufen ermöglicht und schließlich den *Zins* sichert und verewigt, derart interessiert, daß sie diese doch für jedermann nachkontrollierbaren *Tatsachen* mit Erfolg abstreiten konnte!

Wenn die Staaten ihren Preisstand stark drücken, so müssen die anderen Staaten entweder den Preisstand ebenfalls senken oder aber ihr Geld billiger abgeben: *sie prägen es leichter aus.* Die Schweiz hatte bis am 26. September 1936 290,3 Milligramm Gold in einem Franken ausgeprägt. Die anderen Staaten prägten *ihr* Geld zum Teil schon längst leichter aus, so England und die nordischen Staaten seit 1931, die Vereinigten Staaten seit 1933 usw. Sie hatten «abgewertet». Nachdem am 24. September Frankreich «abgewertet» hatte, folgte auch die Schweiz und prägte (theoretisch) in einem Franken künftig nur noch 203 Milligramm Gold statt 290 Milligramm aus. Indem man aus den vorhandenen 1537 Mill. Franken zu 290 Milligramm nun 2175 Mill. Fr. zu 203 Milligramm machen konnte, entstanden 659 Mill. Fr. *Abwertungsgewinn.* (Er wird mit Fr. 538 Mill. angegeben, indem man der Rechnung bloß eine Abwertung, eine um 26% leichtere

Die schweizerische Wirtschaft von 1907–1948

Jahr	Noten	Giro	Tage	Umsatz	Lebens-kosten	Großhandel	Landwirt-schaft	Kaufkraft	Arbeitslose
1907	89	15,3	1,2	622	—	—	94	—	—
1908	146	13,6	1,1	781	—	—	87	—	—
1909	191	17,5	0,9	781	—	—	97	—	—
1910	241	15,1	0,6	1103	—	—	101	—	—
1911	254	16,3	0,7	1075	—	—	117	—	—
1912	269	16,4	0,6	1200	—	—	108	—	—
1913	272	15,8	0,6	1192	—	—	104	—	—
1914	335	34,5	1,4	505	100	100	100	100	—
1915	410	44,0	1,7	430	113	—	120	88,5	—
1916	430	94,9	2,5	284	131	—	146	76,3	—
1917	536	80,9	2,0	357	163	—	190	61,3	—
1918	733	71,1	1,3	535	204	—	255	49,0	—
1919	906	73,9	1,2	590	222	—	257	45,0	—
1920	934	96,0	1,3	538	224	—	255	44,6	6 522
1921	925	95,3	1,4	512	200	—	222	50,0	58 466
1922	818	181,5	2,8	255	164	158	152	60,9	66 995
1923	875	130,0	1,8	397	164	170	163	60,9	32 605
1924	851	66,9	0,8	867	169	171	170	59,1	14 692
1925	798	98,3	1,2	592	168	161	167	59,5	11 090
1926	769	81,7	0,9	780	162	145	154	61,6	14 118
1927	799	85,4	0,8	891	160	142	146	62,5	11 824
1928	818	82,4	0,7	964	161	145	151	62,1	8 380
1929	856	89,4	0,8	862	161	141	147	62,1	8 131
1930	894	167,8	1,5	467	158	127	154	63,3	12 881

1931	1141	483,0	4,6	157	150		110		138		66,6		24 208
1932	1508	1075,1	18,5	39	138		96		120		72,5		54 366
1933	1440	702,6	11,3	64	131		91		118		76,2		67 867
1934	1349	515,0	9,4	77	129		90		112		76,4		65 440
1935	1283	349,9	6,4	113	128		90		110		77,5		82 467
1936	1294	541,3	9,3	76	130		96		119		76,4		93 009
1937	1378	1305,3	21,0	34	137		111		123		72,9		71 130
1938	1555	1703,7	30,0	24	137		107		125		72,9		65 583
1939	1802	1093,2	19,0	38	138	100	111	100	125	100	72,5	100	40 324
1940	2082	744,3	15,0	46	151	109	143	129	144	115	69,3	91,8	16 374
1941	2108	1309,1	29,0	25	174	126	184	166	174	139	57,5	79,4	10 675
1942	2251	1197,1	24,0	30	193	140	210	188	198	158	51,9	71,5	7 846
1943	2647	1195,9	24,8	29	203	147	218	196	208	166	49,4	68,0	8 380
1944	3025	1097,2	23,7	31	208	151	223	201	215	172	48,1	66,3	8 107
1945	3518	1017,8	19,4	37	209	152	221	199	226	181	47,9	65,8	5 479
1946	3633	813,8	12,1	60	208	151	215	194	230	184	48,1	66,3	4 261
1947	3941	734,0	9,4	76	217	157	224	202	240	192	46,1	63,7	3 473
1948	4168	935,0	11,2	32	224	163	233	217	250	211	44,6	61,3	2 971

Erklärungen

Noten: Der durchschnittliche Bestand an Noten außerhalb der Nationalbank — von der Bank selbst irrtümlich als «Notenumlauf» bezeichnet, obschon sie selbst (1938) im Geschäftsbericht feststellte, die Noten würden als «Anlagepapiere» dem Umlauf entzogen, und dringende Aufrufe plakatierte, die Noten nicht «im Uebermaß zu Hause aufzubewahren».

Giro: Die Guthaben der Banken auf dem Girokonto der Nationalbank. — Notenstand und Girobestand in Millionen Franken.

Tage: Die Zahlen in dieser Rubrik zeigen an, wie lange der Franken im Durchschnitt auf dem Girokonto liegen blieb. Man könnte diese Zahlen als Maßstab für die Trägheit des Geldumlaufes bezeichnen.

Umsatz: Diese Zahlen geben den Umsatz eines Frankens auf dem Girokonto an. — Aus diesem und den Zahlen der Rubrik «Tage» sehen wir, wie ungleich stark unser Umlaufsmittel Geld wirklich im Umlauf erhalten bleibt.

Lebenskosten, Großhandel und Landwirtschaft zeigen das Ergebnis des Austauschs von Geld gegen die Waren des täglichen Kleinverbrauchs, gegen die Waren im Großhandel und gegen die Warenproduktion der Landwirtschaft an. — Diese Zahlen sind bedingt durch die Nachfrage, die dem Geldbestand, multipliziert mit der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes in jedem einzelnen der drei Fälle entspricht, und durch das Warenangebot in jedem der drei Fälle.

Arbeitslose: Die Arbeitsuchenden, die vom Geld nicht geholt wurden und im Jahresdurchschnitt auf dem Arbeitsmarkt als arbeitslos verzeichnet worden sind.

Ausprägung zu Grunde legt. Mit 30% Abwertung wird der Gewinn also bedeutend höher.)

Währungsreform und Geldreform

Die Währungsreform unterscheidet sich von der Geldreform. Während die Währung dafür zu sorgen hat, daß die Kaufkraft des Geldes währt, muß die Geldreform ein Geld beschaffen, das sich, ohne Zinsansprüche zu stellen, dem arbeitenden Menschen zum Warenaustausch wie auch als Darlehen zur Verfügung stellt.

Die Währungsreform ist weniger bestritten als die Geldreform. Jedermann, außer den ausgesprochenen Spekulanten, möchte Sicherheit für die Kaufkraft seines Einkommens und besonders auch seiner Ersparnisse haben. So schrieb z. B. Nationalrat Dr. Oeri, als Chefredaktor der «Basler Nachrichten» vor der Abstimmung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung 1947: «Voraussetzung für ein echtes Versicherungswerk ist die Stabilität der Landeswährung. Wenn die Wahrscheinlichkeit besteht, daß der Versicherungspflichtige jahrelang seine Prämien in guten Schweizer Franken bezahlen muß und seine Altersrente in schlechten Schweizer Franken erhalten wird, dann läuft unser Staatswesen Gefahr, später des Volkbetrugs angeklagt zu werden. Wie steht es mit dieser Wahrscheinlichkeitsfrage? Es sei offen zugegeben: Nicht absolut beruhigend.»

Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der Entwertung der Altersrenten eine Höherbewertung des ganzen Lebensbedarfs entspricht. Mit anderen Worten: die Geldbesitzer oder Geldsparer — hier also die Versicherten — haben einen Teil der Kaufkraft ihrer Einzahlungen an die Inhaber der Sachgüter oder Realkapitalien abtreten müssen: es hat eine ganz ungeheure Schiebung stattgefunden! Die Ersparnisse der alten Leute wurden entwertet, Teile der Kaufkraft sind ihnen entrissen

und den Sachwertbesitzern zugeschoben worden! Daß solche Schiebungen unmoralisch sind, ist klar und wird auch dumpf empfunden: «Volksbetrug», sagte Oeri.

Chefredaktor Dr. W. Egger schrieb daher im «Bund», als es sich um die Abstimmung über die AHV handelte:

«Wir müssen unbedingt Garantien für eine Stabilität erhalten. Es handelt sich um ein vitales Problem des Mittelstandes. — Die Stabilisierung des Geldwertes ist das wichtigste staatspolitische, wirtschaftliche und soziale Problem des Landes, von dessen Lösung auch die kulturelle Leistung und Wertung sowie die moralischen Maßstäbe eng berührt werden.»

Schlimmer noch als die Entwertung der Ersparnisse in Geldforderungen durch die Inflation ist aber deren Aufwertung durch die Deflation. Sie bedeutet eine Verschiebung der Werte aus den Sachwerten in die Geldforderungen. So entstehen — siehe vorne auch den Abschnitt über die Deflation und ihre Auswirkungen neben der Bedrückung der Schuldner, der Entwertung der Arbeit und ihrer Produkte und der verschärften Ausbeutung durch Zins und erschwerte Rückzahlungen — auch außenpolitische Gefahren: die sogenannte «außenpolitische Diversion». Die Staatsmänner suchen Sündenböcke: die Juden oder das Ausland, und sie brechen einen Krieg vom Zaun, bloß um den inneren Schwierigkeiten zu entgehen. In allen Kriegen kann man auch diesen Grund seine Rolle spielen sehen; denn alle Kriege sind in Krisenzeiten, in Deflationsperioden ausgebrochen — worden.

Die Währungsreform wird diese Schwankungen der Kaufkraft, alle diese Schiebungen beseitigen müssen durch das stete Anpassen des Geldumlaufes, der Nachfrage, an das Warenangebot. Das Geld muß, in Ware gerechnet, gleich «teuer» gehalten werden. Der Staat kann das, denn er «produziert» das Geld, er allein hat das Recht dazu; das Geld ist

eine «Monopolware», deren Wert bestimmt wird durch den Inhaber des Monopols, hier also durch den Staat oder auch durch die Notenbank.

Die Geldreform

Da das Geld keine Verbrauchsware ist, sondern ein Zirkulationsmittel, so bestimmt nicht allein der Hersteller dieser Ware deren Wert, sondern es beteiligen sich auch alle an der Preisbildung des Geldes, die Geld in die Hand bekommen. Wer Geld einsperrt, wer es zurückhält, wer es hamstert, der macht das Geld seltener und teurer; er senkt also den Preis der Waren, oder er erzwingt oder erhöht den Zins, er steigert den Zinsfuß. Es muß daher das Geld «sterben», sagte Rudolf Steiner 1919, es muß einem Schwund unterliegen, wie die Ware, schrieb Gesell 1891, Geld und Ware müssen auf der gleichen Rangstufe stehen, meinte J. P. Proudhon (1809—65). Das bedingt eine Geldreform. Sie sichert die dauernde Durchführung der Währungsreform.

Die Geldreform beseitigt mit dem Zins in und mit allen seinen Nebenformen die sogenannte «kapitalistische Ausbeutung». Zusammen mit der Bodenreform löst sie die soziale Frage, soweit diese eine Wirtschaftsfrage ist. Das Recht auf Arbeit wird durch die Währungsreform verwirklicht; denn die Durchführung der festen Währung führt zu Maßnahmen, die Geldbeschaffung für die Vollbeschäftigung bedeuten. Die Geldreform ihrerseits führt in Verbindung mit der Bodenreform zur Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag — der alte Traum aller Sozialreformer seit Jahrtausenden wird erfüllt, die Arbeitseinkommen werden vermehrfacht oder aber die Arbeitszeit kann auf Bruchteile der heutigen Arbeitszeit verkürzt werden. Wahrscheinlich wird der Mittelweg gefunden. Alles aber setzt voraus, daß sich ein aufgeklärtes, freiheitsliebendes Volk dafür einsetzt. Denn Dummheit und Herrschsucht einzelner haben diese, seit 1891 bekannten Vorschläge an ihrer Durchführung verhindert.

SPÉCIMEN


SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK
1000
1000
Die Banknoten der Schweizerischen Nationalbank sind Tauschmittel mit stabiler Kaufkraft. Sie dürfen daher nicht gehamstert werden. Wird Hamsterung festgestellt, so werden sie ohne Voranzeige ausser Kurs erklärt und an allen öffentlichen Kassen umgetauscht, zu Bedingungen, die durch Bundesgesetz festgelegt werden.
BANCA NAZIONALE SVIZZERA
BANCA NAZIONALE SVIZZERA
Eug. Burnand inv.
1000
1000
BANQUE NATIONALE SUISSE